Gesetz- und Verordnungsblatt

für die Evangelisch-Lutherische Kirche in Oldenburg

XXIV. Band 3. Stück

TEIL I

Ausgegeben den 14. August 1997

	Inhalt:	Seite
I. Gesetze und Verordnungen		
a) Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg		
Nr. 19	Verordnung für die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst (Vikariat) sowie zur Warteliste	33
Nr. 20	Ausbildungsverordnung für Vikare und Vikarinnen	34
Nr. 21	Beschluß über die Landeskirchensteuer der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg im Gebiet des Landes Niedersachsen für das Haushaltsjahr 1997	35
Nr. 22	Verordnung über die Umwandlung der Pfarrdiakonenstelle in der Kirchengemeinde Sande	35
b) Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen		
Nr. 23	Berichtigung der Vergütungsordnung für nebenberufliche Kirchenmusiker und nebenberufliche Kirchenrechnungsführer in der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg	35
Nr. 24	Bekanntmachung der Verordnung des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Pfarrdienstwohnungen (KonfDWV)	36
Nr. 25	Bekanntmachung der Bestätigung einer Verordnung mit Gesetzeskraft des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung des Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetzes	42
Nr. 26	Bekanntmachung der Bestätigung einer Verordnung mit Gesetzeskraft des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung des Mitarbeitervertretungsgesetzes	42
Nr. 27	Bekanntmachung der Verordnung des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung der Haushaltsordnung für kirchliche Körperschaften	43
Nr. 28	Bekanntmachung der Verordnung mit Gesetzeskraft des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung des Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetzes	43
Nr. 29	Bekanntmachung der Verordnung des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Zulagen nach dem Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetz	44
II. Verfügungen		
Nr. 30	Abhandenkommen eines Dienstsiegels der Ev.-luth. Kirchengemeinde Rastede	45
Nr. 31	Beschluß über die Anwendung der Verwaltungsgrundsätze des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Personalakten der kirchlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Personalaktenordnung)	45
Nr. 32	Bekanntmachung betr. Grenzänderung zwischen den Ev.-luth. Kirchengemeinden Bloherfelde und Ofen	45
III. Mitteilungen		
Nr. 33	Bekanntmachung des Beschlusses der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission über die 32. Änderung der Dienstvertragsordnung	45
Nr. 34	Änderung der Zusammensetzung der Schiedsstelle der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen	
Nr. 35	Bekanntmachung eines Hinweises auf Neubesetzung von zwei Plätzen in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission	46
Nr. 36	Bekanntmachung eines Hinweises auf Neubildung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission	46
Nr. 37	Bekanntmachung der Änderung in der Zusammensetzung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission	46
Nr. 38	Bekanntmachung der Änderung der Richtlinien zur Ersten Theologischen Prüfung	46
Nr. 39	Einberufung zur 3. Tagung der 45. Synode	47
Nr. 40	Bekanntmachung der von der 45. Synode durchgeführten Wahlen	47
Nr. 41	Hinweis auf Rundschreiben des Oberkirchenrates	47
IV. Personalmeldungen		48

I. Gesetze und Verordnungen

a) Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg

§ 1 Antrag

Nr. 19

Verordnung für die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst (Vikariat) sowie zur Warteliste

Aufgrund von § 8 Abs. 2 des Kirchengesetzes über die Rechtsstellung und die Ausbildung der Vikare (Vikarsgesetz – ViG) vom 19. Mai 1994 (GVBl. XXIII. Band, 3. Stück, S. 47ff.) sowie § 7 ViG in Verbindung mit Artikel 118 KO erläßt der Oberkirchenrat folgende Verordnung:

(1) Der Antrag auf Aufnahme in den Vorbereitungsdienst wird in der Regel mit der Meldung zur Ersten theologischen Prüfung gestellt. Er hat die verbindliche Mitteilung zu enthalten, zu welchem Termin der Bewerber oder die Bewerberin die Einstellung in das Vikariat beantragt.

(2) Wird der Antrag zu einem späteren Zeitpunkt gestellt, kann er nur berücksichtigt werden, wenn er drei Monate vor dem Einstellungstermin beim Oberkirchenrat eingegangen ist.

(3) In besonders begründeten Fällen kann der Oberkirchenrat einer Änderung des beantragten Einstellungstermins zustimmen.

§ 2 Aufnahmeverfahren

(1) Die Aufnahmevoraussetzungen sind in § 7 Abs. 1 ViG geregelt.
 (2) Über die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst und in die Warteliste entscheidet der Oberkirchenrat. Bei der Entscheidung hat der Oberkirchenrat insbesondere die Examensnote, weitere Tätigkeiten sowie Wartezeiten zu berücksichtigen. Die Bewertung ergibt sich aus Absatz 3. Aufgrund dieser Bewertungen ist zur Vorbereitung der Entscheidung des Oberkirchenrats eine Reihenfolge festzulegen.

(3) A. Examensnote:		
sehr gut	(55–57 P)	15 Punkte
	(52–54 P)	14 "
	(49–51 P)	13 "
gut	(44–48 P)	12 "
	(40–43 P)	11 "
	(36–39 P)	10 "
	(32–35 P)	9 "
befriedigend	(28–31 P)	8 "
	(23–27 P)	7 "
	(19–22 P)	6 "
	(15–18 P)	5 "
bestanden	(11–14 P)	4 "
	(6–10 P)	3 "
	(2– 5 P)	2 "
	(minus 2 bis plus 1 P)	1 "

B. Weitere Tätigkeiten:		
1. Promotion		2 Punkte
2. anderer Berufs- oder Studienabschluß		2 "
3. Diakonisches Jahr		1 Punkt
4. Wehr-/Zivildienst		1 "
5. Theologiestudium im fremdsprachigen Ausland, mindestens 1 Jahr		1 "
6. Erziehungsurlaub/Erziehungsgeld ¹⁾ pro Jahr		1 "
C. Wartezeit je Jahr		1 "

D. Beträgt die Zeit zwischen der Ersten theologischen Prüfung und dem Aufnahmeterrnin mehr als fünf Monate: 1/2 Punkt

Aus Abschnitt B, C und D können höchstens insgesamt 3 Punkte berücksichtigt werden. Bei Punktgleichheit wird der oder die im Lebensalter Ältere berücksichtigt.

(4) Es werden so viele Bewerbungen berücksichtigt, wie Ausbildungsplätze zum Aufnahmeterrnin zur Verfügung stehen.

(5) Nach Abschluß der laufenden Prüfungen wird den Antragstellern mitgeteilt, ob sie zum beantragten Terrnin in den Vorbereitungsdienst aufgenommen werden.

§ 3 Warteliste

(1) Antragsteller, die nicht in den Vorbereitungsdienst aufgenommen worden sind, können nach § 8 Abs. 1 ViG in eine Warteliste aufgenommen werden.

(2) Mit dem Bestehen der Ersten theologischen Prüfung, dem Antrag auf Aufnahme in den Vorbereitungsdienst und der Nichteinstellung zum beantragten Terrnin beginnt die Wartezeit.

(3) Wenn ein angebotener Ausbildungsplatz nicht in Anspruch genommen wird, verfällt die Anrechnung der Wartezeit.

§ 4 Übergangsbestimmung

Anträge für die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst, die bei Inkrafttreten dieser Verordnung bereits vorlagen, werden nach den Richtlinien bewertet, die bei Antragstellung in Geltung waren.

§ 5 Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 1. April 1997 in Kraft.

(2) Die „Richtlinien für die Bestimmung der Reihenfolge der Kandidaten auf der Warteliste“ vom 8. August 1991 (Rundschreiben Nr. 70/1991) treten gleichzeitig außer Kraft.

Oldenburg, den 18. Februar 1997

Der Oberkirchenrat
 der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
 Dr. Sievers
 Bischof

¹⁾ Erziehungszeiten, die sich an die Zeit der Berechtigung des Bezugs von Erziehungsgeld anschließen, können bei Vorlage geeigneter Nachweise bis zu einer Gesamtdauer von drei Jahren angerechnet werden.

Nr. 20**Ausbildungsverordnung
für Vikarinnen und Vikare**

Aufgrund von § 4 Abs. 2, § 6 Abs. 1 und § 26 des Kirchengesetzes über die Rechtsstellung und die Ausbildung der Vikare vom 19. Mai 1994 (GVBl. XXIII. Bd., S. 45 ff.) erläßt der Oberkirchenrat folgende Verordnung:

Die in dieser Ausbildungsverordnung verwendeten Personenbezeichnungen gelten für Frauen und Männer.

Präambel:

Ziel der Ausbildung ist es, zur Übernahme des pastoralen Dienstes zu befähigen. In der Ausbildung soll die vorfindliche Praxis unter Berücksichtigung ihrer Veränderbarkeit eingeübt und reflektiert werden. Ausbildungsziel ist zum einen, die berufsspezifischen Inhalte und Fertigkeiten zu vermitteln, zum anderen die Vikare zu befähigen, ihre persönlichen Möglichkeiten zur Gestaltung des Berufes zu erkennen und ihre Entscheidung für diesen Beruf zu überprüfen. Für alle Lernebenen der Ausbildung ist konstitutiv, den Theorie-Praxis-Bezug herzustellen sowie Kriterien für kirchliches Handeln zu gewinnen und auf die eigene Person zu beziehen.

§ 1

1. Die Dauer des Vikariates beträgt in der Regel zwei Jahre und drei Monate. Es wird nach § 7 des Gemeinsamen Prüfungsgesetzes der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen vom 20. Januar 1975 (GVBl. XXII. Bd., S. 8) mit der Zweiten theologischen Prüfung abgeschlossen, die in der Verordnung des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Durchführung der Zweiten theologischen Prüfung in der Fassung vom 14. März 1995 geregelt ist.

2. Einstellungstermin soll der 01. August eines jeden Jahres sein.

3. In der Regel sechs Wochen vor Ausbildungsbeginn wird den Vikaren mitgeteilt, welcher Kirchengemeinde (Ausbildungsgemeinde) und welchem Pfarrer (Mentor) sie zur Ausbildung zugewiesen werden. Sie haben sich unverzüglich mit den für sie zuständigen Mentoren in Verbindung zu setzen.

Die Vikare sollen in ihrer Ausbildungsgemeinde wohnen. Sie sollen am Leben der Gemeinde teilnehmen.

§ 2

1. Das Vikariat wird durch eine verbindliche Abfolge von Ausbildungsphasen strukturiert, die an den Grundaufgaben pastoralen Handelns orientiert sind. In allen Phasen ist die Begleitung zur selbständigen Praxis verbunden mit deren Reflexion, der theoretischen Vertiefung und der Aneignung von Kenntnissen und Methoden.

Die Phasen sind bestimmt von der Praxis des Gemeindepfarramtes unter Beachtung der Vielfältigkeit und Veränderbarkeit dieses Dienstes. Die Ausbildung soll darüber hinaus ermöglichen, das Gemeindepfarramt in seinen notwendigen Wechselbezügen zu den anderen Gestalten von Kirchen (wie z. B. in den kirchlichen Werken und Diensten, in Mission und Ökumene) zu sehen und die Eingebundenheit kirchlichen Handelns in regionale Strukturen zu begreifen und zu gestalten.

2. Das Vikariat ist gegliedert durch Phasen mit folgenden Schwerpunkten:

- Einführung (Orientierung in Gemeinde und Schule)
- Pädagogik (Schul- und Gemeindepädagogik)
- Gemeinde (Homiletik/Liturgik; Seelsorge; Kybernetik; Diakonie)
- Innehalten (Reflexion und Beratung)
- Projekt (vertiefende Erkundung eines gemeindlichen oder außergemeindlichen Arbeitsfeldes)
- Auswertung (Rückblick und Ausblick)

3. Die Dauer und die zeitliche Abfolge der Phasen werden in einem Verlaufsplan geregelt und den Vikaren am Beginn der Ausbildung mitgeteilt.

4. Unabhängig von den in § 1 Abs. 1 genannten Bestimmungen der Prüfungsordnung erstellt der Mentor nach den einzelnen Ausbildungsabschnitten jeweils ein schriftliches Gutachten.

5. Die vom Oberkirchenrat mit der Ausbildung der Vikare beauftragten Personen erstellen gemeinsam mit dem Ausbildungsreferenten am Ende des Vikariats ein Gesamtgutachten, das Auskunft über die Befähigung des Vikars, ein Pfarramt zu führen, gibt.

§ 3

Die Ausbildung umfaßt Blockseminare, Studientage, Seminartage, Regionaltreffen und Hospitationen. Eigenständige Praxis und Eigenstudium der Vikare sind wesentliche Bestandteile der Ausbildung.

§ 4

1. Die Richtlinie zur Durchführung der Vikarsausbildung regelt die Tätigkeit des Leiters der Vikarsausbildung (§ 6).
2. Der Oberkirchenrat beruft auf Vorschlag des Fachbeirats (§ 5) geeignete Mentoren in Gemeinden, die der Ausbildung ein möglichst breites Feld pastoraler Tätigkeit eröffnen.
Das Mentorenkolleg dient der Einführung in die Aufgaben des Mentors und der Begleitung in diesem Amt.
3. Zur religionspädagogischen Ausbildung in der Schule werden die Vikare vom Oberkirchenrat im Einvernehmen mit der zuständigen Schulaufsicht und der betreffenden Schulleitung einem Schulmentoren zugewiesen.
4. Der Oberkirchenrat kann Fachreferenten mit der Planung und Durchführung einzelner Ausbildungssteile beauftragen.

§ 5

1. Der Oberkirchenrat beruft einen Fachbeirat für die Ausbildung der Vikare für die Dauer von jeweils drei Jahren. Der Fachbeirat hat die Aufgabe, die Ausbildung fachkundig zu begleiten sowie Anregungen zur Veränderung zu beraten. Er unterbreitet dem Oberkirchenrat Vorschläge zur Berufung von Mentoren und zur Entscheidung über die mit der Ausbildung zu beauftragenden Personen.
2. Dem Fachbeirat gehören an:
 - a) zwei Vertreter der Mentoren
 - b) zwei Vertreter der Vikare
 - c) ein in Ausbildungsfragen im außerkirchlichen Bereich kundiges Mitglied der Synode/einer Kreissynode
 - d) der Studienleiter als Leiter der Vikarsausbildung
 - e) der mit der Fortbildung für die Pfarrer Beauftragte in der oldenburgischen Kirche
 - f) der für die Ausbildung zuständige Referent im Oberkirchenrat, der gleichzeitig den Vorsitz im Fachbeirat führt.
3. Die Mentoren sowie die Vikare schlagen dem Oberkirchenrat ihre Vertreter zur Berufung vor.
4. Der Fachbeirat soll zwei Mal im Jahr tagen.

§ 6

Die Durchführung der Ausbildung regelt der Oberkirchenrat in einer Richtlinie.

§ 7

Diese Ausbildungsverordnung tritt am 01. Januar 1997 in Kraft und gilt erstmals für die Vikare, die am 01. August 1997 in den Vorbereitungsdienst eintreten.

Oldenburg, den 11. März 1997

Der Oberkirchenrat
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Dr. Sievers
Bischof

Nr. 21**Beschluß**

**über die Landeskirchensteuer der Ev.-Luth. Kirche
in Oldenburg im Gebiet des Landes Niedersachsen
für das Haushaltsjahr 1997**

1. Die Landeskirchensteuer der Kirchenmitglieder, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Land Niedersachsen haben, beträgt für das Jahr 1997 9 % der Einkommensteuer (Lohnsteuer), höchstens jedoch 3,5 % des zu versteuernden Einkommens bzw. des auf das zu versteuernde Einkommen umzurechnenden Arbeitslohnes, von dem die Lohnsteuer berechnet wird; die Ermäßigungen nach dem Erlaß des Niedersächsischen Finanzministeriums vom 10. September 1990 (Nds. MinBl. S. 1202) gelten seitdem unverändert fort. Der Berechnung des Höchstsatzes (Kappung) ist der Anfangswert der jeweiligen Ta-

bellensstufe der Einkommensteuertabelle zugrunde zu legen.

Sind bei Kirchenmitgliedern Kinder nach dem Einkommensteuergesetz zu berücksichtigen, so sind die Vorschriften des § 51 a Abs. 2 und 2 a des Einkommensteuergesetzes maßgebend.

Ein Mindestbetrag wird von jedem Kirchenmitglied, bei dem Einkommensteuer festgesetzt oder Lohnsteuer abgezogen wird, in Höhe von 7,20 DM jährlich, 1,80 DM vierteljährlich, 0,60 DM monatlich, 0,14 DM wöchentlich und 0,02 DM täglich erhoben.

2. Bei den Steuerpflichtigen, deren Lohnsteuerberechnung von einer innerhalb des Landes Niedersachsen gelegenen Betriebsstätte vorgenommen wird, wird die Landeskirchensteuer von den dem Steuerabzug vom Arbeitslohn unterliegenden Bezügen im Lohnabzugsverfahren von den Arbeitgebern einbehalten.
Steuerpflichtigen, deren Lohnsteuerberechnung von einer außerhalb des Landes Niedersachsen gelegenen Betriebsstätte vorgenommen wird, wird die Landeskirchensteuer nach dem in dem betreffenden Bundesland geltenden Kirchensteuersatz einbehalten.

Oldenburg, den 27. November 1996

Der Oberkirchenrat
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Dr. Sievers
Bischof

Nr. 22**Verordnung**

**über die Umwandlung der Pfarrdiakonenstelle in der
Kirchengemeinde Sande
in eine dritte Pfarrstelle**

Aufgrund des Artikels 117 der Kirchenordnung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg vom 20. Februar 1950 (GVBl. XIII. Band, S. 135), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Kirchengesetzes zur Neuordnung des Pfarrerdienstrechtes vom 14. Mai 1997 (GVBl. XXIV. Band, S. 17), erläßt der Oberkirchenrat mit Zustimmung des Synodalausschusses die folgende Verordnung:

§ 1

Die Pfarrdiakonenstelle in der Kirchengemeinde Sande wird in eine dritte Pfarrstelle umgewandelt.

§ 2

Der Oberkirchenrat trifft die zur Durchführung dieser Verordnung erforderliche Anordnung.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. August 1997 in Kraft.

Oldenburg, den 14. Juli 1997

Der Oberkirchenrat
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Dr. Sievers
Bischof

**b) Konföderation evangelischer Kirchen in
Niedersachsen**

Nr. 23

**Bekanntmachung der Berichtigung der Vergütungsübersicht
für nebenberufliche Kirchenmusiker
und nebenberufliche Kirchenrechnungsführer
in der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg**

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat die Berichtigung der Vergütungsübersicht für nebenberufliche Kirchenmusiker und nebenberufliche Kirchenrechnungsführer in der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg (Kirchl. Amtsblatt Hannover Nr. 2/1997, Seite 21) bekannt.

Oldenburg, den 30. Mai 1997

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schrader
Oberkirchenrat

**Berichtigung der Vergütungsübersicht
für nebenberufliche Kirchenmusiker**

Hannover, den 9. Januar 1997

Die Vergütungsübersicht für nebenberufliche Kirchenmusiker (Kirchl. Amtsbl. Hannover 1996 S. 276) ist wie folgt zu ergänzen:
In den Anlagen A und B ist jeweils in Abschnitt A Unterabschnitt I Nr. 1 vor dem Wort „Hauptgottesdienste“ die Zahl „70“ einzufügen.

**Konföderation
evangelischer Kirchen in Niedersachsen**
– Geschäftsstelle –
Behrens

Nr. 24

**Bekanntmachung
der Verordnung des Rates der Konföderation evangelischer
Kirchen in Niedersachsen über die Pfarrdienstwohnungen
(Dienstwohnungsvorschriften – KonfDWV)
vom 28. Januar 1997**

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat die Verordnung des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Pfarrdienstwohnungen (Dienstwohnungsvorschriften – KonfDWV) vom 28. Januar 1997 (Kirchl. Amtsblatt Hannover Nr. 3/1997, S. 45) bekannt.

Oldenburg, den 30. Mai 1997

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schrader
Oberkirchenrat

**Verordnung des Rates der Konföderation evangelischer
Kirchen in Niedersachsen über die Pfarrdienstwohnungen
(Dienstwohnungsvorschriften - KonfDWV)**

Vom 28. Januar 1997

Auf Grund des § 9 Abs. 5 des Pfarrerbesoldungs und Versorgungsgesetzes in der Fassung vom 29. Januar 1992 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 40), zuletzt geändert durch die Verordnung mit Gesetzeskraft des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung des Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetzes vom 16. Dezember 1996 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 300), erlassen wir die folgende Ausführungsverordnung:

Inhaltsübersicht
Teil I

**Dienstwohnungen für Ordinierte im öffentlich-rechtlichen
Dienstverhältnis**

Erster Abschnitt

Allgemeines

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Begriff der Dienstwohnung
- § 3 Gestellung der Dienstwohnung
- § 4 Zuweisung der Dienstwohnung

Zweiter Abschnitt

Das Dienstwohnungsverhältnis

- § 5 Mietwert
- § 6 Größe der Dienstwohnung
- § 7 Dauer der Zuweisung der Dienstwohnung
- § 8 Dienstwohnungsvergütung
- § 9 Höchste Dienstwohnungsvergütung
- § 10 Dienstwohnungsverhältnis bei Erziehungsurlaub

Dritter Abschnitt

Verwaltung und Nutzung der Dienstwohnung

- § 11 Hausverwaltung
- § 12 Übergabe
- § 13 Wohnungsblatt
- § 14 Sicherheitsmaßnahmen, Verkehrssicherungspflicht, Hausordnung

- § 15 Nutzung
- § 16 Schönheitsreparaturen
- § 17 Bauliche und sonstige Veränderungen
- § 18 Anzeigepflicht, Haftung
- § 19 Duldung von Instandsetzungsarbeiten
- § 20 Gärten
- § 21 Rücknahme

Vierter Abschnitt

Betriebskosten

- § 22 Kostenträger
- § 23 Kostenverteilung
- § 24 Entgelt bei Anschluß der Heizung an eine dienstliche Versorgungsleitung
- § 25 Entgelt bei Anschluß der Warmwasserversorgung an eine dienstliche Versorgungsleitung
- § 26 Antennenanlagen und Kabelanschlüsse

Fünfter Abschnitt

Amtszimmer

- § 27 Zuweisung eines Amtszimmers, Amtszimmerpauschale

Teil II

Sonderbestimmungen für Ordinierte im Angestelltenverhältnis

- § 28 Geltungsbereich
- § 29 Rechtsnatur des Dienstwohnungsverhältnisses
- § 30 Beendigung des Dienstwohnungsverhältnisses

Teil III

Übergangs- und Schlußbestimmungen

- § 31 Zuständigkeiten in den Kirchen
- § 32 Wahrung des Besitzstandes
- § 33 Ergänzende Regelungen
- § 34 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Teil I

**Dienstwohnungen für Ordinierte im öffentlich-rechtlichen
Dienstverhältnis**

Erster Abschnitt

Allgemeines

§ 1

Geltungsbereich

- (1) Die Vorschriften dieses Teils gelten für die vom Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetz (PFBVG) erfaßten Personen (im folgenden: Pfarrer).
- (2) Die in dieser Verordnung verwendeten Personenbezeichnungen gelten für Frauen und Männer.

§ 2

Begriff der Dienstwohnung

- (1) Dienstwohnungen sind Wohnungen oder einzelne Wohnräume, die Pfarrern unter ausdrücklicher Bezeichnung als Dienstwohnung unter Anrechnung auf die Besoldung als Sachbezug nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen zugewiesen werden. Das Dienstwohnungsverhältnis ist öffentlich-rechtlicher Natur; ein Mietvertrag ist nicht abzuschließen.
- (2) Dienstwohnungen können sich in Gebäuden oder Gebäudeteilen befinden, die im Eigentum oder im Besitz der zur Gestellung der Dienstwohnungen verpflichteten Körperschaften (Dienstwohnungsgeber) stehen.
- (3) Zu einer Dienstwohnung gehören nur die Räume, die für Wohnzwecke des Pfarrers, seines Ehegatten und der zum Haushalt gehörenden Kinder bestimmt sind. Räume, die der Wahrnehmung des pfarramtlichen Dienstes, der Verwaltung und der Gemeindegliederarbeit dienen (Diensträume), gehören nicht zur Dienstwohnung; zu den Diensträumen rechnen insbesondere Amtszimmer, Büro-, Warte-, Archiv-, Registratur- und Gemeinderäume.
- (4) Wird eine Dienstwohnung als solche nicht mehr benötigt, so ist sie in eine Mietwohnung umzuwandeln, oder, sofern sie angemietet war, aufzugeben.

§ 3

Gestellung der Dienstwohnung

(1) Steht dem Dienstwohnungsgeber eine angemessen große Dienstwohnung (§ 6) nicht oder nicht in einem gebrauchsfähigen Zustand zur Verfügung (§ 12 Abs. 2), so ist Wohnraum nach vorheriger Zustimmung der zuständigen obersten Behörde zu den am Ort üblichen Bedingungen anzumieten. Ein Mietvertrag ist erst abzuschließen, wenn feststeht, wer künftig Inhaber der Dienstwohnung wird.

(2) Dienstwohnungen dürfen Pfarrern, denen eine allgemeinkirchliche Aufgabe übertragen ist (§ 9 Abs. 2 PfbVG), nur zugewiesen werden, wenn die Anwesenheit oder Einsatzbereitschaft des Pfarrers aus dienstlichen Gründen an der Dienststätte gantztägig zwingend erforderlich ist und er deshalb in unmittelbarer Nähe der Dienststätte wohnen muß. Die Feststellungen ob die Voraussetzungen vorliegen, trifft die zuständige oberste Behörde im Einzelfall.

§ 4

Zuweisung der Dienstwohnung

(1) Die Dienstwohnung ist vom Dienstwohnungsgeber schriftlich zuzuweisen.

(2) Eine vorhandene Garage oder ein vorhandener Einstellplatz für Kraftfahrzeuge kann als Zubehör zur Dienstwohnung zugewiesen werden. Für die Überlassung ist eine angemessene Nutzungsschädigung in Höhe vergleichbarer ortsüblicher Garagenmieten neben der Dienstwohnungsvergütung (§ 8) zu zahlen. Die Angemessenheit der Nutzungsschädigung ist von der hausverwaltenden Stelle (§ 11 Abs. 1) in Abständen von drei Jahren zu überprüfen.

(3) Soweit vorhanden, gelten ein Vorgarten und weitere Gartenflächen in der Regel als Zubehör zur Dienstwohnung und sind dem Pfarrer mit der Dienstwohnung zuzuweisen (§ 20). Die zugewiesene Gartenfläche ist in einem Lageplan eindeutig kenntlich zu machen.

(4) Die Zuweisung einer Dienstwohnung, einer Garage oder eines Einstellplatzes für Kraftfahrzeuge ist der zuständigen obersten Behörde von der hausverwaltenden Stelle unverzüglich mitzuteilen.

Zweiter Abschnitt

Das Dienstwohnungsverhältnis

§ 5

Mietwert

(1) Für jede Dienstwohnung ist der ortsübliche Mietwert (Absatz 2) unter Berücksichtigung der Größe der Dienstwohnung nach § 6 zu berechnen. Dieser bildet die Grundlage für die Festsetzung der Dienstwohnungsvergütung (§§ 8 und 9); Bestimmungen des Steuerrechts bleiben unberührt. Kosten, die der Pfarrer gesondert zu tragen hat (§ 4 Abs. 2, § 16 Abs. 2 und § 22 Abs. 1), bleiben bei der Berechnung des Mietwertes außer Betracht.

(2) Der ortsübliche Mietwert ist in Anlehnung an die im Land Niedersachsen für Dienstwohnungen jeweils geltenden Bestimmungen nach Maßgabe der Anlage 1 zu berechnen.

(3) Treten Umstände ein, die zu einer Änderung des Mietwertes führen können, so ist dieser unverzüglich zu überprüfen und neu zu berechnen. Sind bauliche und andere Maßnahmen auf Kosten des Pfarrers ausgeführt worden (§ 17) und bleiben diese Maßnahmen nach dem Auszug bestehen, so ist bei einer neuen Zuweisung dieser Dienstwohnung der Mietwert auch darauf zu überprüfen, ob die bauliche Maßnahme angemessen berücksichtigt worden ist.

(4) Die Berechnung des Mietwertes obliegt der zuständigen obersten Behörde. Die dafür notwendigen Unterlagen sind vom Dienstwohnungsgeber über die hausverwaltende Stelle unverzüglich nach Zuweisung der Dienstwohnung vorzulegen.

§ 6

Größe der Dienstwohnung

(1) Dem Pfarrer ist eine angemessen große Dienstwohnung zuzuweisen. Die Angemessenheit richtet sich in der Regel nach den in den Kirchen jeweils geltenden Pfarrhausbauvorschriften oder den entsprechenden Regelungen. Ein Anspruch auf eine bestimmte Größe der Dienstwohnung besteht nicht.

(2) Ist eine Dienstwohnung nach der Anzahl der Zimmer unter Berücksichtigung der Familienangehörigen so groß, daß der Umfang einer angemessenen Dienstwohnung wesentlich überschritten wird, so kann der Umfang der Dienstwohnung auf Antrag des Pfarrers verringert werden.

(3) Nicht zugewiesener Raum darf vom Pfarrer nicht genutzt werden. Der Raum kann einer anderweitigen Verwendung zugeführt werden.

§ 7

Dauer der Zuweisung der Dienstwohnung

(1) Die Dienstwohnung ist dem Pfarrer nur für die Dauer der Wahrnehmung der jeweils übertragenen Aufgabe zuzuweisen; eine rückwirkende Zuweisung ist möglich. Der Dienstwohnungsgeber kann aus dienstlichen oder anderen zwingenden Gründen die Zuweisung widerrufen und das Räumen der Dienstwohnung oder einzelner Teile innerhalb einer von ihm zu bestimmenden angemessenen Frist anordnen. Der Anspruch auf Zuweisung einer anderen Dienstwohnung bleibt unberührt.

(2) Die Verpflichtung zum Beziehen der Dienstwohnung entsteht zu dem Zeitpunkt, in dem der Dienstwohnungsgeber die Beziehbare der Dienstwohnung festgestellt hat. Dieser Zeitpunkt ist in einer Niederschrift festzuhalten. Die Dienstwohnung ist beziehbar, wenn sie sich in einem gebrauchsfähigen Zustand befindet (§ 12 Abs. 2).

(3) Das Dienstwohnungsverhältnis endet

1. mit Beendigung der jeweils übertragenen Aufgabe oder
2. mit dem Zeitpunkt, zu dem dem Pfarrer das Verlassen der Dienstwohnung gestattet worden ist, oder
3. im Falle des Absatzes 1 Satz 2 mit Ablauf der in der Räumungsanordnung bezeichneten Räumungsfrist.

(4) Eine vorzeitige Beendigung des Dienstwohnungsverhältnisses bedarf der Genehmigung der zuständigen obersten Behörde.

(5) Stirbt der Pfarrer, so endet das Dienstwohnungsverhältnis mit Ablauf des Sterbemonats. Den in der Dienstwohnung wohnenden Familienangehörigen ist nach Ablauf des Sterbemonats in der Regel eine dreimonatige Räumungsfrist zu gewähren. In allen anderen Fällen sind die Erben aufzufordern, die Dienstwohnung innerhalb von 30 Tagen nach Ablauf des Sterbemonats zu räumen. Das Arbeitszimmer ist unverzüglich freizumachen. Für die auf den Sterbemonat folgende Räumungsfrist ist eine Nutzungsschädigung in Höhe der letzten Dienstwohnungsvergütung zu zahlen. Von dem Abschluß eines besonderen Mietvertrages ist abzusehen.

(6) Wird eine Dienstwohnung bei Beendigung des Dienstwohnungsverhältnisses nicht oder nur teilweise geräumt, so ist für die weiterhin genutzten Räume eine Nutzungsschädigung in Höhe des bisherigen Mietwertes zu zahlen; § 2 Abs. 4 bleibt unberührt.

(7) Ist der Pfarrer nach Übertragung einer anderen Aufgabe an der fristgerechten Räumung der Dienstwohnung gehindert, weil die zukünftige Dienstwohnung noch nicht beziehbar ist (Absatz 2), so ist eine Nutzungsschädigung in Höhe der bisherigen Dienstwohnungsvergütung zu zahlen.

(8) Zieht ein künftiger Pfarrer vorzeitig in die künftige Dienstwohnung ein, so ist bis zu deren Zuweisung eine Nutzungsschädigung in Höhe der Dienstwohnungsvergütung zu zahlen, die bei Zuweisung der Dienstwohnung festzusetzen wäre. Bei Anwendung der Vorschriften über die höchste Dienstwohnungsvergütung (§ 9) sind die jeweiligen Bezüge zugrunde zu legen.

§ 8

Dienstwohnungsvergütung

(1) Die auf die Dienstbezüge anzurechnende Dienstwohnungsvergütung ist von der zuständigen obersten Behörde mit Wirkung von dem in § 7 Abs. 2 genannten Zeitpunkt an in Höhe des Mietwertes festzusetzen, soweit sich aus § 9 nichts anderes ergibt.

(2) Die zuständige oberste Behörde setzt bei Zuweisung einer Dienstwohnung bis zur Vorlage der Unterlagen (§ 5 Abs. 4) die Dienstwohnungsvergütung unter Berücksichtigung des bisher für diese Dienstwohnung gültigen Mietwertes vorläufig fest (vorläufige Festsetzung). Sofern ein Mietwert bisher nicht berechnet worden war, ist die Dienstwohnungsvergütung vorläufig in Höhe der höchsten Dienstwohnungsvergütung (§ 9) festzusetzen. Die vorläufige Festsetzung wird dem Pfarrer schriftlich bekanntgegeben. Sobald der Mietwert endgültig berechnet worden ist, wird die Dienstwohnungsvergütung mit Wirkung auch für die Vergangenheit festgesetzt (endgültige Festsetzung).

(3) Bei einer Änderung des Mietwertes ist die auf dem neuen Mietwert beruhende Dienstwohnungsvergütung vom Ersten des Monats an zu entrichten, für den der neue Mietwert gilt, auch wenn dieser nicht fristgerecht berechnet werden kann; die rückwirkende Festsetzung einer höheren Dienstwohnungsvergütung ist nur für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten zulässig.

(4) Die Höhe des Mietwertes und die festgesetzte Dienstwohnungsvergütung sind der für die Zahlung der Dienstbezüge zuständigen Stelle zu übermitteln.

(5) Das unentgeltliche Überlassen einer Dienstwohnung ist unzulässig.

§ 9

Höchste Dienstwohnungsvergütung

(1) Die Dienstwohnungsvergütung darf den Betrag nicht übersteigen, der sich in entsprechender Anwendung der für die Beamten des Landes Niedersachsen jeweils geltenden Bestimmungen über die höchste Dienstwohnungsvergütung ergibt.¹⁾

(2) Ein Härtefall im Sinne des § 9 Abs. 4 PfbVG liegt vor, wenn die in der Anlage 2 genannten Voraussetzungen erfüllt sind.

§ 10

Dienstwohnungsverhältnis bei Erziehungsurlaub

(1) Wird dem Pfarrer Erziehungsurlaub unter voller Freistellung vom Dienst gewährt, so bleibt das Dienstverhältnis so lange bestehen, wie er die Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe behält.

(2) Das Amtszimmer ist für Zeiten des Erziehungsurlaubs dem Vertreter zur dienstlichen Nutzung zu überlassen; Regelungen nach § 27 bleiben davon unberührt.

(3) Für Zeiten des Erziehungsurlaubs sind für die Festsetzung der höchsten Dienstwohnungsvergütung diejenigen Bruttodienstbezüge zugrunde zu legen, die ohne Erziehungsurlaub nach dem Besoldungsrecht zustehen würden.

Dritter Abschnitt

Verwaltung und Nutzung der Dienstwohnung

§ 11

Hausverwaltung

(1) Die Hausverwaltung obliegt dem Dienstwohnungsgeber und ist von der für diesen zuständigen Verwaltungsstelle (hausverwaltende Stelle) durchzuführen.

(2) Die zuständige oberste Behörde kann die Hausverwaltung einer anderen kirchlichen Einrichtung, in deren Bereich die Dienstwohnung liegt, übertragen.

(3) Die hausverwaltende Stelle ist verpflichtet, in regelmäßigen Abständen, mindestens jedoch alle fünf Jahre die Dienstwohnung sowie zugewiesenes Zubehör (Garagen, Gärten) zu besichtigen und zu überprüfen, ob diese bestimmungsgemäß genutzt werden und sich in einem gebrauchsfähigen und angemessenen Zustand befinden. Die zuständige oberste Behörde kann in begründeten Fällen abweichend von der Frist nach Satz 1 eine Besichtigung und Überprüfung anordnen. In einer Niederschrift ist festzuhalten, ob die sich aus den §§ 15, 17, 18 und 20 ergebenden Verpflichtungen ordnungsgemäß erfüllt werden.

§ 12

Übergabe

(1) Die Dienstwohnung ist dem Pfarrer von der hausverwaltenden Stelle zu übergeben; hierüber ist eine Niederschrift anzufertigen.

(2) Der Pfarrer hat keinen Anspruch auf eine vollständig renovierte Dienstwohnung. Der Dienstwohnungsgeber und die hausverwaltende Stelle haben dafür zu sorgen, daß sich die Dienstwohnung bei der Übergabe in einem gebrauchsfähigen und angemessenen Zustand befindet. Beim Wechsel des Inhabers der Dienstwohnung dürfen Schönheitsreparaturen, die in den nächsten zwei Jahren nach dem Fristenplan (§ 16 Abs. 1) durchzuführen wären auch vorher ausgeführt werden.

§ 13

Wohnungsblatt

Die hausverwaltende Stelle hat über jede Dienstwohnung und über deren Zubehör ein Wohnungsblatt fortlaufend zu führen und dieses auf Verlangen dem Pfarrer vorzulegen.

§ 14

Sicherheitsmaßnahmen, Verkehrssicherungspflicht, Hausordnung

(1) Der Pfarrer ist verpflichtet,

1. Türschlüssel, insbesondere Haus- und Wohnungstürschlüssel,

¹⁾ z. Zt. gilt die Verordnung über die Neufestsetzung der höchsten Dienstwohnungsvergütung vom 30. November 1978 (Nieders. GVBl. S. 803)

²⁾ z. Zt. gilt § 28 Abs. 4 der Zweiten Berechnungsverordnung (II. BV) in der Fassung der fünften Verordnung zur Änderung wohnungsrechtlicher Vorschriften vom 23. Juli 1996 (BGBl. I, S. 1167)

sel, sorgfältig aufzubewahren; er trägt die Kosten für beschädigte oder verlorene Schlüssel und auch die Kosten für neue Schlösser; ein Satz der Haus- und Wohnungsschlüssel ist bei der hausverwaltenden oder einer anderen geeigneten Stelle zu hinterlegen, damit die Dienstwohnung im Gefahrenfall betreten werden kann;

2. die Dienstwohnung zur Vermeidung von Bauschäden regelmäßig und ausreichend zu lüften; während längerer Abwesenheit ist die Betreuung der Dienstwohnung sowie deren ordnungsgemäße Beheizung und Lüftung sicherzustellen;

3. bei Frostgefahr die Wasserleitungen und sonstigen frostgefährdeten Anlagen in der Dienstwohnung und etwaigen Nebenräumen vor dem Einfrieren zu schützen;

4. die Zuwege zur Haus- und Wohnungstür einschließlich etwa vorhandener Außentreppe, Hof- und Vorhöflächen sowie – unter Beachtung der jeweiligen örtlichen kommunalen Bestimmungen – die Gehwege zu reinigen, diese von Eis und Schnee zu räumen und bei Glätte zu streuen;

5. alle gesetzlichen Vorschriften und behördlichen Bestimmungen über die Lagerung von Brennstoffen und Kraftstoffen sowie über Feuerstätten sorgfältig zu beachten.

(2) Bei Gebäuden mit mehreren Dienst- und sonstigen Wohnungen ist eine Hausordnung zu erlassen, die auch die Verpflichtungen nach Absatz 1 zu enthalten hat. Die Hausordnung wird Bestandteil der Zuweisungsverfügung.

§ 15

Nutzung

(1) Die Dienstwohnung ist schonend und pfleglich zu behandeln.

(2) Die zusätzliche Aufnahme von Personen, die bei der Bemessung der familienbezogenen Besoldungsbestandteile nicht berücksichtigungsfähig sind, bedarf des schriftlichen Einverständnisses des Dienstwohnungsgebers und der Genehmigung der zuständigen obersten Behörde.

(3) Ob und in welcher Höhe ein Entgelt für die nicht nur kurzfristige Aufnahme von Personen neben der Dienstwohnungsvergütung zu entrichten ist, wird im Einzelfall von der zuständigen obersten Behörde mit der Genehmigung nach Absatz 2 bestimmt.

§ 16

Schönheitsreparaturen

(1) Die Durchführung von Schönheitsreparaturen (Anstriche und Tapezierungen) nach Maßgabe des Fristenplanes (Anlage 3) ist von der hausverwaltenden Stelle zu veranlassen.

(2) Für die Finanzierung der Schönheitsreparaturen wird neben der Dienstwohnungsvergütung ein Zuschlag (Schönheitsreparaturpauschale) erhoben und von den Dienstbezügen einbehalten. Die Höhe richtet sich nach den im Land Niedersachsen geltenden Bestimmungen.²⁾

§ 17

Bauliche und sonstige Veränderungen

(1) Der Pfarrer darf auf seine Kosten Um- und Einbauten sowie Änderungen der Ausstattung und Einrichtung der Dienstwohnung mit schriftlicher Zustimmung des Dienstwohnungsgebers durchführen (§ 21 Abs. 3); kirchenaufsichtliche Genehmigungsvorbehalte und in den Kirchen jeweils geltende Pfarrhausbauvorschriften bleiben unberührt.

(2) Sofern auf Kosten des Dienstwohnungsgebers bauliche Veränderungen durchgeführt worden sind, die den Nutzungswert der Dienstwohnung steigern, sind der Mietwert und die Auswirkungen auf die Dienstwohnungsvergütung zu überprüfen.

(3) Bei angemieteten Dienstwohnungen dürfen wertverbessernde Maßnahmen nur auf Kosten des Pfarrers durchgeführt werden, wenn der Vermieter zustimmt.

§ 18

Anzeigespflicht, Haftung

(1) Der Pfarrer ist verpflichtet, erkannte Schäden an der Dienstwohnung der hausverwaltenden Stelle unverzüglich anzuzeigen. Bei Verletzung der Anzeigespflicht ist der daraus entstehende Schaden dem Dienstwohnungsgeber zu ersetzen.

(2) Der Pfarrer ist für Schäden haftbar, die durch ihn, durch Familienangehörige, Besucher, Hausgehilfen, Mieter, Haustiere sowie durch privat beauftragte Handwerker verursacht werden.

(3) Vorschriften des Pfarrerdienstrechts über die Haftung bleiben unberührt.

§ 19

Duldung von Instandsetzungsarbeiten

(1) Der Dienstwohnungsgeber ist berechtigt, auch ohne Zustimmung des Pfarrers laufende Instandsetzungsarbeiten sowie notwendige bauliche Veränderungen ausführen zu lassen. Der Pfarrer ist vor Ausführung der Arbeiten rechtzeitig zu verständigen.

(2) Die Beauftragten der hausverwaltenden Stelle dürfen die Dienstwohnung – nach vorheriger Ankündigung und zu angemessener Tageszeit – besichtigen, um die Notwendigkeit von Instandsetzungsarbeiten festzustellen. Die Einschränkungen des Satzes 1 entfallen bei drohender Gefahr.

(3) Soweit Arbeiten nach Absatz 1 zu dulden sind, kann weder eine Minderung der Dienstwohnungsvergütung noch Schadensersatz verlangt werden. Ausnahmen kann die zuständige oberste Behörde zulassen, wenn durch die Arbeiten die Gebrauchsfähigkeit der Dienstwohnung wesentlich beeinträchtigt wird. Eine wesentliche Beeinträchtigung der Gebrauchsfähigkeit liegt nicht vor, wenn lediglich Schönheitsreparaturen ausgeführt werden.

§ 20

Gärten

(1) Gärten (einschließlich der Rasenflächen und Hecken), die als Zubehör mit der Dienstwohnung zugewiesen worden sind, sind von dem Pfarrer in ordnungsmäßigem Zustand zu erhalten; §§ 15 Abs. 1, 17 Abs. 1 und 18 gelten entsprechend. Bei Vernachlässigung des Gartens ist der Dienstwohnungsgeber berechtigt, die notwendigen Arbeiten auf Kosten des Pfarrers nach vorheriger Ankündigung durchführen zu lassen.

(2) Die Pflege und Erhaltung der Bäume und Sträucher obliegen dem Pfarrer. Eine Verpflichtung zum Ersatz abgängiger Bäume und Sträucher besteht für ihn nicht. Die Beseitigung abgängiger Bäume und Sträucher obliegt der hausverwaltenden Stelle. Für Ersatzbeschaffungen durch den Pfarrer wird eine Entschädigung nicht gewährt.

(3) Bei Beendigung des Dienstwohnungsverhältnisses darf der Pfarrer die auf seine Kosten gepflanzten Bäume und Sträucher entfernen, wenn das Grundstück von ihm wieder ordnungsgemäß hergerichtet wird oder er die dafür entstehenden Kosten übernimmt.

§ 21

Rücknahme

(1) Die Dienstwohnung ist bei Beendigung des Dienstwohnungsverhältnisses durch die hausverwaltende Stelle zurückzunehmen. In den Fällen des § 7 Abs. 5 bis 7 ist die Rücknahme in der Regel bis zur Räumung der Dienstwohnung aufzuschieben. Über die Rücknahmeverhandlung ist eine Niederschrift anzufertigen.

(2) Die Dienstwohnung ist besenrein mit sämtlichen im Wohnungsblatt aufgeführten Gegenständen (einschließlich selbstbeschaffter Schlüssel) zurückzugeben. Wird für Mängel oder Beschädigungen, die von dem Pfarrer zu vertreten sind, eine Ersatzpflicht nach § 18 bestritten, so ist die Entscheidung der für die Aufsicht über den Dienstwohnungsgeber zuständigen Stelle herbeizuführen.

(3) Soweit der Pfarrer die Dienstwohnung mit Einbauten und Vorrichtungen versehen hat, müssen diese entfernt und ein den Bestimmungen entsprechender Zustand auf seine Kosten wieder hergestellt werden. Dies gilt nicht, wenn der Wohnungsnachfolger oder der Dienstwohnungsgeber bereit ist, die Einbauten und Vorrichtungen zu übernehmen, oder der Dienstwohnungsgeber der Veränderung zugestimmt hat (§ 17).

(4) Übernimmt der Pfarrer die bisherige Dienstwohnung als Mietwohnung, so ist eine Wohnungsübernahme durchzuführen und hierüber eine Niederschrift anzufertigen.

Vierter Abschnitt

Betriebskosten

§ 22

Kostenträger

(1) Für die Dienstwohnung und das Amtszimmer hat der Pfarrer die Betriebskosten entsprechend der Anlage 3 zu § 27 der Zweiten Berechnungsverordnung (II. BV)³⁾ neben der Dienstwohnungsvergütung zu tragen. Bei angemieteten Dienstwohnungen sind alle diejenigen Kosten zu tragen, die auch bei kircheneigenen Dienstwohnun-

gen zu zahlen sind; die §§ 23 bis 25 sind entsprechend anzuwenden.

(2) Soweit Kosten zunächst von der hausverwaltenden Stelle verauslagt werden, sind diese von dem Pfarrer zu erstatten.

(3) Für Umlagebeträge, bei denen noch nicht feststeht, in welcher Höhe sie zu leisten sind, sind von der hausverwaltenden Stelle monatliche Abschlagszahlungen festzusetzen. Die Abschlagszahlungen sowie die bereits von vornherein feststehenden Umlagebeträge sind von den Dienstbezügen einzubehalten und an die hausverwaltende Stelle abzuführen. Ein Ausgleich ist nach den tatsächlich zu zahlenden Beträgen einmal jährlich sowie bei Beendigung des Dienstwohnungsverhältnisses durchzuführen.

§ 23

Kostenverteilung

(1) In Fällen, in denen in einem Gebäude sowohl Dienstwohnungen als auch Diensträume vorhanden sind, sind die Kosten nach § 22 für die Dienstwohnung einschließlich Amtszimmer anteilig vom Pfarrer zu tragen. Sind gesonderte Zähler für die Dienstwohnungen nicht vorhanden, so sind die Kosten in der Regel nach dem Verhältnis der Wohn- und Nutzflächen umzulegen.

(2) Bei zentraler Heizung und Warmwasserversorgung sind nach Möglichkeit Zähler oder Kostenverteiler einzubauen; es sind nur geeichte Geräte zu verwenden.

(3) Die Kosten des Betriebes einer zentralen Heizungsanlage und einer zentralen Warmwasserversorgungsanlage sind in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die verbrauchsabhängige Abrechnung der Heiz- und Warmwasserkosten⁴⁾ mit der Maßgabe zu verteilen, daß 70 vom Hundert der Kosten nach dem erfaßten Verbrauch der Nutzer zu verteilen sind. Sind Meßgeräte nicht vorhanden, so sind die Kosten nach der Wohn- und Nutzfläche oder dem umbauten Raum der beheizbaren Räume zu verteilen. Der Pfarrer kann den Einbau von Meßgeräten verlangen.

(4) Die Absätze 1 und 3 sind entsprechend anzuwenden, wenn an eine zentrale Heizungsanlage und an eine zentrale Warmwasserversorgungsanlage neben Dienstwohnungen und Diensträumen auch andere Wohnungen angeschlossen sind.

§ 24

Entgelt bei Anschluß der Heizung an eine dienstliche Versorgungsleitung

(1) Ist eine Dienstwohnung an eine dienstliche Versorgungsleitung angeschlossen, so ist für die gelieferte Wärme ein Entgelt nach den folgenden Absätzen zu entrichten. Eine dienstliche Versorgungsleitung liegt vor, wenn mindestens 70 vom Hundert der von der Heizungsanlage versorgten Flächen nur für dienstliche Zwecke genutzt werden.

(2) Bei der Berechnung des Entgelts ist von der Wohnfläche mit Ausnahme von Balkonen, Loggien und Terrassen auszugehen.

(3) Kann die gelieferte Wärme durch Wärmemesser festgestellt werden, so ist das Entgelt nach dem Wärmeverbrauch zu bemessen.

(4) Kann die gelieferte Wärme nicht durch Wärmemesser festgestellt werden, so ist das Entgelt unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Heizkosten festzusetzen, die im Abrechnungszeitraum (1. Juli bis 30. Juni) für nicht an dienstliche Versorgungsleitungen angeschlossene Dienstwohnungen aufzuwenden waren. Die zuständige oberste Behörde bestimmt nach Ablauf des Abrechnungszeitraumes für jeden Energieträger den nach Satz 1 für die endgültige Berechnung des Entgelts maßgebenden Betrag je Quadratmeter Wohnfläche der beheizbaren Räume.

(5) Beginnt oder endet das Dienstwohnungsverhältnis während des Abrechnungszeitraumes, so sind für jeden vollen Monat des angebrochenen Abrechnungszeitraumes folgende Vmhundertsätze des endgültigen Jahresentgelts zu entrichten:

Monat	Vom- hundertsatz	Monat	Vom- hundertsatz
Januar	18,1	Juli	0,3
Februar	15,6	August	0,3
März	13,7	September	0,7
April	9,4	Oktober	9,0
Mai	2,1	November	13,0
Juni	1,1	Dezember	16,7

³⁾ z. Zt. gilt die II. BV in der Fassung der fünften Verordnung zur Änderung wohnungsrechtlicher Vorschriften vom 23. Juli 1996 (BGBl. I, S. 1167)

⁴⁾ z. Zt. gilt die Heizkostenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Januar 1989 (BGBl. I, S. 115)

Für Teile eines Monats beträgt das Entgelt täglich $\frac{1}{30}$ des Monatsbetrages.

(6) Das Entgelt nach den vorstehenden Absätzen ist auch dann zu berechnen, wenn der Pfarrer das Beheizen aus einer dienstlichen Versorgungsleitung aus persönlichen Gründen zeitweilig nicht oder nur in geringem Umfang in Anspruch nimmt.

§ 25

Entgelt bei Anschluß der Warmwasserversorgung an eine dienstliche Versorgungsleitung

Wird die Warmwasserversorgungsanlage von einer dienstlichen Versorgungsleitung gespeist oder durch eine besondere Heizungsanlage beheizt, die zugleich Warmwasser für dienstliche Zwecke bereitet, so beträgt das Entgelt für die Erwärmung des Wassers für jeden vollen Monat 1,83 vom Hundert des Entgelts nach § 24. Ist die Dienstwohnung für Teile eines Monats zugewiesen, so beträgt das Entgelt täglich $\frac{1}{30}$ des Monatsbetrages.

§ 26

Antennenanlagen und Kabelanschlüsse

Die Installierung von Rundfunk- und Fernsehantennen sowie eines Anschlusses an das Breitbandkommunikationsnetz (Kabelanschluß) ist auf Antrag des Pfarrers von dem Dienstwohnungsgeber zu gestatten. Bei der Einwilligung ist der Pfarrer schriftlich zu verpflichten, auf seine Kosten die Anlage technisch einwandfrei erstellen und unterhalten zu lassen sowie die einmaligen und laufenden Gebühren zu tragen. Bei Beendigung des Dienstwohnungsverhältnisses hat der Pfarrer auf seine Kosten Antennenanlagen zu entfernen und Kabelanschlüsse stilllegen zu lassen, falls der Wohnungsnachfolger nicht bereit ist, die Ausstattung zu übernehmen.

Fünfter Abschnitt

Amtszimmer

§ 27

Zuweisung eines Amtszimmers
Amtszimmerpauschale

(1) Die im pfarramtlichen Dienst in einer Kirchengemeinde tätigen Pfarrer haben Anspruch auf Zuweisung eines Amtszimmers; im Falle der gemeinsamen Wahrnehmung des Dienstes auf einer Pfarrstelle durch Ehegatten wird nur ein gemeinsames Amtszimmer zugewiesen. Pfarrern, denen eine allgemeinkirchliche Aufgabe übertragen ist (§ 9 Abs. 2 PflBVG) kann aus zwingenden dienstlichen Gründen ein Amtszimmer zugewiesen werden; über die Notwendigkeit eines Amtszimmers entscheidet die zuständige oberste Behörde.

(2) Das Amtszimmer ist vom Dienstwohnungsgeber schriftlich zu zuweisen.

(3) Der Pfarrer sorgt für das Reinigen, Beleuchten und Beheizen des Amtszimmers, wenn sich dieses in baulicher oder räumlicher Einheit mit der Dienstwohnung befindet.

(4) Zur Abgeltung der durch das Reinigen, Beleuchten und Beheizen des Amtszimmers entstehenden Kosten wird eine monatliche Aufwandsentschädigung (Amtszimmerpauschale) entsprechend den örtlichen Verhältnissen, höchstens jedoch 80 DM gezahlt. Die Amtszimmerpauschale ist durch den Dienstwohnungsgeber festzusetzen und zu zahlen. Trägt nach den örtlichen Verhältnissen der Pfarrer nicht alle Kosten, so ist die Amtszimmerpauschale nur für die von ihm tatsächlich getragenen Aufwendungen zu gewähren.

(5) Sorgt der Pfarrer im Ausnahmefall auf eigene Kosten auch für das Reinigen und Beleuchten von sonstigen Diensträumen, die sich in baulicher oder räumlicher Einheit mit der Dienstwohnung befinden, so erhöht sich die nach Absatz 4 zu gewährende Amtszimmerpauschale um insgesamt monatlich 10 DM für jeden weiteren Raum.

(6) Die nach den Absätzen 4 und 5 zu gewährende Amtszimmerpauschale darf den Gesamtbetrag von monatlich 100 DM nicht übersteigen.

(7) Der Dienstwohnungsgeber kann mit Zustimmung der zuständigen obersten Behörde Pfarrern ohne Dienstwohnung ein Amtszimmer zuweisen, wenn dieses anderweitig nicht zur Verfügung gestellt werden kann. Das Amtszimmer kann zugewiesen werden in

1. einer vom Pfarrer gemieteten Wohnung oder
2. einer in seinem Eigentum stehenden Wohnung oder
3. einem dafür eigens gemieteten Raum.

In den Fällen der Nummern 1 oder 2 kann zusätzlich zur Amtszimmerpauschale eine Miet- oder Nutzungsentschädigung in Höhe des unteren ortsüblichen Vergleichsmietwertes und eine angemessene Entschädigung für Schönheitsreparaturen gezahlt werden.

Teil II

Sonderbestimmungen für Ordinierte im Angestelltenverhältnis

§ 28

Geltungsbereich

Die Vorschriften des I. Teils gelten gemäß § 1 Abs. 3 und § 2 Abs. 1 der Dienstvertragsordnung für Ordinierte im Angestelltenverhältnis entsprechend, soweit im folgenden nichts anderes bestimmt ist.

§ 29

Rechtsnatur des Dienstwohnungsverhältnisses

Das Dienstwohnungsverhältnis ist privatrechtlicher Natur.

§ 30

Beendigung des Dienstwohnungsverhältnisses

Zusätzlich zu den Vorschriften des § 7 über die Dauer der Zuweisung der Dienstwohnung ist zur Beendigung des Dienstwohnungsverhältnisses eine Kündigung nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) über die Kündigung von Wohnraum, der im Rahmen eines Dienstverhältnisses überlassen worden ist (§ 565 e BGB) auszusprechen.

Teil III

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 31

Zuständigkeiten in den Kirchen

Zuständige oberste Behörde im Sinne dieser Verordnung ist in der

1. Ev.-luth. Landeskirche Hannovers das Landeskirchenamt,
2. Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig das Landeskirchenamt,
3. Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg der Oberkirchenrat,
4. Ev.-ref. Kirche (Synode der ev.-ref. Kirchen in Bayern und Nordwestdeutschland) der Synodalrat,
5. Ev.-Luth. Landeskirche Schaumburg-Lippe das Landeskirchenamt.

§ 32

Wahrung des Besitzstandes

Leistungen der Kirchen, die auf Grund von nach § 34 Abs. 2 außerkräftretenden Bestimmungen gewährt wurden, dürfen nach näherer Bestimmung durch die zuständige oberste Behörde längstens bis zum 31. Dezember 1998 an den Pfarrer gezahlt werden.

§ 33

Ergänzende Regelungen

Bestimmungen zur Durchführung dieser Verordnung trifft jede Kirche für ihren Bereich.

§ 34

Inkrafttreten, Außerkräfttreten

- (1) Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1997 in Kraft.
- (2) Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung treten die für die Ordinierten geltenden Bestimmungen der Kirchen über Dienstwohnungen außer Kraft, die den Vorschriften dieser Verordnung entsprechen oder widersprechen.

Hannover, den 28. Januar 1997

**Der Rat der Konföderation
evangelischer Kirchen in Niedersachsen**

Dr. Sievers
Vorsitzender

Anlage 1 (zu § 5)**Ermittlung des Mietwertes****1. Ortsüblicher Mietwert**

- 1.1 Der Mietwert ist ortsüblich, soweit er nicht preisgebundenem Wohnraum vergleichbarer Art, Größe, Ausstattung, Beschaffenheit und Lage in der Gemeinde oder in vergleichbaren Gemeinden entspricht (Vergleichsmiete). Ist eine von der Gemeinde erstellte oder anerkannte Mietübersicht vorhanden, so ist diese Übersicht bei der Ermittlung der unteren ortsüblichen Vergleichsmiete zugrunde zu legen. Sind darin keine Durchschnittsätze, sondern jeweils Bereiche angegeben, in denen sich die Mieten bewegen, so ist der untere Satz maßgebend.
- 1.2 Soweit derartige Mietübersichten nicht vorliegen und auch die örtlichen Finanzämter keine Vergleichsmieten benennen können, sollen für die Ermittlung der unteren ortsüblichen Vergleichsmiete Angaben der Interessenvertretungen von Vermietern und Mietern oder die Grundstücksmarktberichte der Gutachterausschüsse bei den Katasterämtern oder die Statistik des niedersächsischen Landesamtes für Statistik über die durchschnittlichen Monatsmieten von Wohngeldempfängern des betreffenden Landkreises als Grundlage verwendet werden. Vor Einführung entsprechender Berechnungsgrundlagen ist das örtliche Finanzamt zu beteiligen.
- 1.3 Von den in der Statistik des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik angegebenen Werten kann bei Dienstwohnungen in Landgemeinden wegen der dort allgemein niedrigeren Mietpreishöhe, ein Abzug von 10 v. H. vorgenommen werden. Bei Dienstwohnungen mit mehr als 140 m² kann ein Abzug von 10 v. H. und bei Dienstwohnungen mit mehr als 170 m² ein Abzug von 15 v. H. vorgenommen werden.
- 1.4 Ein Abzug der Mehrflächen von Nebenräumen ist bei Anwendung der vorgenannten Statistik nicht zulässig (Nr. 4.3).
- 1.5 Sofern örtliche Besonderheiten durch die Regelungen nach den Nrn. 1.1 bis 1.4 nicht angemessen berücksichtigt werden, ist mit dem zuständigen Finanzamt eine gesonderte Vereinbarung zu treffen.
- 1.6 Der ortsübliche Mietwert wird durch Multiplikation der unteren ortsüblichen Vergleichsmiete mit der Quadratmeterzahl der Wohnfläche ermittelt.

2. Änderung des Mietwertes

- 2.1 Der Mietwert ist neu zu berechnen, wenn
 - a) der Dienstwohnungsinhaber wechselt,
 - b) der Mietwert seit drei Jahren unverändert ist,
 - c) bauliche Änderungen den Gebrauchswert der Dienstwohnung nachhaltig erhöht oder die allgemeinen Wohnverhältnisse auf Dauer verbessert haben oder die Ausstattung der Dienstwohnung wesentlich geändert wird,
 - d) der Umfang der Dienstwohnung verändert wird.
- 2.2 Berechnung des neuen Mietwertes bei
 - a) Wechsel des Dienstwohnungsinhabers:
Nach einem Wechsel des Dienstwohnungsinhabers ist der Mietwert auf Grundlage der aktuellen Vergleichsmiete zu berechnen.
 - b) dreijähriger Überprüfung:
Die Heranführung der Mietwerte für kirchliche Dienstwohnungen an vergleichbare Mietwerte soll kontinuierlich vorgenommen werden und sich dabei an der unteren Grenze der ortsüblichen vergleichbaren Mietwerte ausrichten. Der Mietwert ist deshalb regelmäßig rechtzeitig vor dem Ablauf von drei Jahren seit der letzten Berechnung zu überprüfen. Ergibt sich ein höherer Mietwert als bisher, ist dieser – höchstens jedoch bis zu 20 v. H. des bisherigen Mietwertes – zum Ersten des auf die vorgenannte dreijährige Frist folgenden Monats anzuheben.
Auf eine Anhebung des Mietwertes ist zu verzichten, wenn die neu ermittelte Vergleichsmiete weniger als 0,10 DM/m² über dem alten Wert liegt. Dies hat jedoch zur Folge, daß der Mietwert unabhängig von der dreijährigen Frist unverzüglich anzuheben ist, wenn sich Anhaltspunkte für eine neue höhere Vergleichsmiete ergeben.
 - c) baulichen Änderungen:
Nach Durchführung baulicher Änderungen, die den Ge-

brauchswert der Dienstwohnung nachhaltig erhöhen oder die allgemeinen Wohnverhältnisse auf Dauer verbessern oder dann, wenn die Ausstattung der Dienstwohnung wesentlich geändert wird, z. B. durch Einbau von neuen Heizungsanlagen, Thermostatventilen, Verbesserung der Wärmedämmung, Einbau von Isolierglas-, Doppel-, Kasten- oder Verbundfenstern, Einbau von zusätzlichen Wasch-, Bade- und Duscheinrichtungen, Verbesserung der Wandbehandlung in den Sanitärräumen und der Küche durch Fliesen, sind die Vergleichsmieten dem modernisierten Zustand der Wohnung anzupassen, es sei denn, die Kosten der Änderung werden vom Dienstwohnungsinhaber getragen.

Bei künftigen Erhöhungen des Mietwertes ist von dem modernisierten Zustand der Dienstwohnung auszugehen.

- d) Veränderung des Umfangs der Dienstwohnung:
Der Dienstwohnungsgeber hat festzulegen, ab wann der geänderte Umfang der Dienstwohnung für die Mietwertberechnung zu zugrunde zu legen ist.

3. Abweichender Mietwert

- 3.1 In besonderen Fällen kann die zuständige oberste Behörde die Höhe des Mietwertes anderweitig berechnen und dabei unter Beachtung steuerlicher Gesichtspunkte, z. B. wertmindernde Lagenachteile, anerkannte Baumängel, Störungen durch den Dienstbetrieb und sonstige wesentliche Belästigungen angemessen berücksichtigen, soweit diese Kriterien nicht bereits zu einer entsprechenden Verringerung der Vergleichsmiete geführt haben. Die Berechnung eines abweichenden Mietwertes ist nur in Ausnahmefällen zulässig. Grundsätzlich sind alle mietwertbeeinflussenden Eigenschaften einer Dienstwohnung bereits zu berücksichtigen, wenn die ortsübliche Vergleichsmiete ermittelt wird. Nur in denjenigen Fällen, in denen dies ausnahmsweise nicht möglich ist, ist nach den Nrn. 3.2 bis 3.7 zu verfahren.
- 3.2 Für wertmindernde Lagenachteile und sonstige wesentliche Belästigungen (z. B. Flugschneisen, störende Industriebetriebe, anderweitige Lärm- und Geruchsemissionen) kann nur dann ein Abschlag vorgenommen werden, wenn die Vergleichsmieten diese konkreten Minderungsgründe noch nicht berücksichtigen.
- 3.3 Baumängel werden im allgemeinen bei der Ermittlung der unteren ortsüblichen Vergleichsmiete nicht berücksichtigt. Da der Dienstwohnungsgeber aus Gründen der Bausubstanzerhaltung und aus fürsorglichen Gründen Mängel zu beseitigen hat, sind solche Abschläge in der Regel nur vorübergehend zu gewähren, wenn es sich um Mängel handelt, die die Benutzung der Dienstwohnung oder von Teilen der Dienstwohnung einschränken und die nach der Rechtsprechung anerkannt sind. Bei der Bemessung des Abschlags ist die Größe der betroffenen Räume im Verhältnis zur Gesamtfläche der Dienstwohnung zu sehen. Weiter ist zu prüfen, in welchem Ausmaß die Bewohn- und Nutzbarkeit der betroffenen Räume durch die Mängel beeinträchtigt wird.
- 3.4 Für Störungen durch den Dienstbetrieb können Abschläge nur gewährt werden, wenn diese Störungen erheblich über das Normalmaß hinausgehen. Jeder Pfarrer hat eine gewisse dienstliche Beanspruchung auch des Wohnbereiches hinzunehmen.
- 3.5 Anträge des Dienstwohnungsgebers oder des Pfarrers auf Berechnung eines abweichenden Mietwertes sind bei der zuständigen obersten Behörde zu stellen. In jedem Fall ist eine ausführliche Stellungnahme der für die Aufsicht über den Dienstwohnungsgeber zuständigen Stelle erforderlich. Im Fall von Nr. 3.3 ist zusätzlich eine eingehende Stellungnahme der zuständigen baufachlichen Stelle zu Umfang und Dauer der baulichen Mängel einzuholen.
- 3.6 Wird dem Antrag stattgegeben, so richtet sich die Höhe des Abschlags nach dem von der Rechtsprechung in vergleichbaren Fällen anerkannten Umfang.
- 3.7 Der Abschlag wird mit Wirkung vom Ersten des Monats, in dem der Antrag bei dem Dienstwohnungsgeber oder bei der zuständigen obersten Behörde eingegangen ist, gewährt. Sind zum Zeitpunkt der Antragstellung bauliche Mängel (3.3) bereits seit längerer Zeit vorhanden und hat der Pfarrer mit Rücksicht auf eine beabsichtigte Beseitigung dieser Mängel den Antrag verspätet gestellt, so kann der Abschlag für bis zu vier Jahre rückwirkend gewährt werden.
- 3.8 Entfallen die Voraussetzungen für die Gewährung des Abschlags, so haben der Dienstwohnungsgeber und der Pfarrer dies unverzüglich der zuständigen obersten Behörde mitzuteilen.

4. Wohnflächenberechnung

- 4.1 Die Wohnflächen der kirchlichen Dienstwohnungen sind von der in Nr. 3.5 genannten baufachlichen Stelle nach DIN 283 oder §§ 42 ff. Zweite Berechnungsverordnung (II. BV) zu berechnen. In besonderen Fällen können damit auch geeignete Baufachleute beauftragt werden.
- 4.2 Gehören Balkone, Loggien, Dachgärten oder gedeckte Freisitze zur Dienstwohnung, so sind deren Grundflächen zur Hälfte bei der Berechnung des Mietwertes zu berücksichtigen. Grundflächen von Wintergärten sind ebenfalls zur Hälfte bei der Berechnung des Mietwertes zu berücksichtigen.
- 4.3 Betragen die anrechenbaren Grundflächen der Nebenräume der Dienstwohnung mehr als 10 v. H. der Wohnfläche, so bleibt bei der Berechnung des Mietwertes die Hälfte der Mehrfläche der Nebenräume außer Betracht, sofern nicht Vergleichsmieten für vergleichbare Wohnungen gleicher Beschaffenheit zugrundegelegt werden können. Zu den Nebenräumen gehören Flure, Dielen, Speisekammern, Bade-, Wasch- und Duschräume, Toiletten, Besenkammern und sonstige Abstellräume.
- 4.4 In Dienstwohnungen bleiben die Grundflächen der Windfänge, Flure, Dielen und Toiletten, die vor den Diensträumen liegen, bei der Berechnung des Mietwertes außer Betracht, wenn sie getrennt vom Wohntrakt des Pfarrers liegen; in allen anderen Fällen werden sie nur zur Hälfte berücksichtigt.

Anlage 2 (zu § 9 Abs. 2)

Voraussetzungen für das Vorliegen eines Härtefalles im Sinne des § 9 Abs. 4 PfbVG

- 1. Wird einem Pfarrer mit unterhaltsberechtigten Angehörigen, der in einem Dienstverhältnis mit eingeschränkter Aufgabe (halber Dienstumfang) steht, eine Dienstwohnung zugewiesen, so sind bei der Bemessung der höchsten Dienstwohnungsvergütung dann die verringerten (halben) Dienstbezüge (mit Ortszuschlag nach der Stufe 4) zugrunde zu legen, wenn das regelmäßige Brutto-Familieneinkommen das Anfangsgrundgehalt der Besoldungsgruppe A 13 zuzüglich der allgemeinen Zulage nicht übersteigt, ein Übersteigen um bis zu 50 DM ist dabei unbeachtlich.
- 2. Liegen bei einem alleinstehenden Pfarrer die Voraussetzungen nach § 6 Abs. 2 vor, bliebe es aber trotz Reduzierung des Umfangs der Dienstwohnung bei einer so hohen Belastung, daß ein vergleichbarer Härtefall angenommen werden müßte, so ist Nummer 1 entsprechend anzuwenden.

Anlage 3 (zu § 16 Abs. 1)

Fristenplan für Anstriche und Tapezierungen

lfd. Nr.	Art der Anstriche	Mindestfrist Jahre	Bemerkungen
1	Leimfarbenanstriche	4	Für Räume mit starker Wrasenentwicklung ungeeignet
2	Dispersionsfarbenanstriche, wasch- und scheuerbeständig	6	Für Räume mit starker Wrasenentwicklung nur mit Zusatz von fungiziden (pilztötenden) Mitteln geeignet
3	Ölfarben- und Lack- oder ähnliche Anstriche	6	Wandsockel in Küchen, Bädern usw.; Fenster-, Tür- und Fußbodenanstriche
4	Lasuranstriche	6	Anstriche auf Holzflächen
5	Mineral- und Kaseinfarbenanstriche	6	
6	Tapezierungen – ohne Rauhfaser tapeten	6	
7	Tapezierungen – mit Rauhfaser tapeten – waschbeständige Dispersionsfarbenanstriche	12 4	
8	Holzfußbodenversiegelungen	6	

Der Umfang der auszuführenden Schönheitsreparaturen richtet sich nach den im Land Niedersachsen geltenden Bestimmungen.¹⁾

¹⁾ z. Zt. gilt § 28 Abs. 4 der Zweiten Berechnungsverordnung (II. BV) in der Fassung der fünften Verordnung zur Änderung wohnungsrechtlicher Vorschriften vom 23. Juli 1996 (BGBl., S. 1167)

Nr. 25

Bekanntmachung der Bestätigung einer Verordnung mit Gesetzeskraft zur Änderung des Pfarrersbesoldungs- und -versorgungsgesetzes vom 12. März 1997

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat die Bestätigung einer Verordnung mit Gesetzeskraft zur Änderung des Pfarrersbesoldungs- und -versorgungsgesetzes vom 12. März 1997 (Kirchl. Amtsblatt Hannover Nr. 6/1997, S. 120) bekannt.

Oldenburg, den 30. Mai 1997

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schrader
Oberkirchenrat

Nr. 26

Bekanntmachung der Bestätigung einer Verordnung mit Gesetzeskraft zur Änderung des Mitarbeitervertretungsgesetzes vom 12. März 1997

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat die Bestätigung einer Verordnung mit Gesetzeskraft zur Änderung des Mitarbeitervertretungsgesetzes vom 12. März 1997 (Kirchl. Amtsblatt Hannover Nr. 6/1997, S. 120) bekannt.

Oldenburg, den 30. Mai 1997

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schrader
Oberkirchenrat

Bestätigung einer Verordnung mit Gesetzeskraft zur Änderung des Pfarrersbesoldungs- und -versorgungsgesetzes

Hannover, den 12. März 1997

Im Kirchlichen Amtsblatt Hannover 1996 S. 300 ist die Verordnung mit Gesetzeskraft des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen vom 16. Dezember 1996, durch die für die Ev.-luth. Landeskirche Hannovers das Pfarrersbesoldungs- und -versorgungsgesetz geändert worden ist, verkündet worden. Diese Verordnung mit Gesetzeskraft ist von der 7. Synode der Konföderation in der I. Tagung am 1. März 1997 gemäß § 20 des Konföderationsvertrages (Kirchl. Amtsbl. Hannover 1979 S. 75) bestätigt worden.

Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen
– Geschäftsstelle –
Behrens

Bestätigung einer Verordnung mit Gesetzeskraft zur Änderung des Mitarbeitervertretungsgesetzes

Hannover, den 12. März 1997

Im Kirchlichen Amtsblatt Hannover 1996 S. 300 ist die Verordnung mit Gesetzeskraft des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen vom 16. Dezember 1996, durch die das Mitarbeitervertretungsgesetz geändert worden ist, verkündet worden. Diese Verordnung mit Gesetzeskraft ist von der 7. Synode der Konföderation in der I. Tagung am 1. März 1997 gemäß § 20 des Konföderationsvertrages (Kirchl. Amtsbl. Hannover 1979 S. 75) bestätigt worden.

Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen
– Geschäftsstelle –
Behrens

Nr. 27

**Bekanntmachung
der Verordnung des Rates der Konföderation evangelischer
Kirchen in Niedersachsen zur Änderung der
Haushaltsordnung für kirchliche Körperschaften
vom 5. Mai 1997**

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat die Verordnung des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung der Haushaltsordnung für kirchliche Körperschaften vom 5. Mai 1997 (Kirchl. Amtsblatt Hannover Nr. 9/1997, S. 184) bekannt.

Oldenburg, den 30. Juni 1997

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schrader
Oberkirchenrat

**Verordnung des Rates der Konföderation evangelischer
Kirchen in Niedersachsen zur Änderung der
Haushaltsordnung für kirchliche Körperschaften
vom 5. Mai 1997**

Auf Grund des § 13 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes in der Fassung vom 22. Mai 1984 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 53) erlassen wir folgende Ausführungsverordnung:

§ 1

Die Verordnung des Rates über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen derjenigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht der Konföderation oder der Aufsicht einer der beteiligten Kirchen unterstehen, (Haushaltsordnung für kirchliche Körperschaften KonfHOK vom 22. Mai 1984, Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 55), geändert durch die Verordnung vom 21. September 1984 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 92), wird wie folgt geändert:

Nach § 89 wird folgender § 89a eingefügt:

„§ 89a
Experimentierklausel

(1) Sofern für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen zur Erzielung einer optimalen Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln neue Steuerungsmodelle der Finanzwirtschaft erprobt werden sollen, kann auf Antrag derjenigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers unterstehen, das Landeskirchenamt Hannover Ausnahmen von den Vorschriften dieser Ausführungsverordnung über

1. den Haushaltsplan,
 2. die Jahresrechnung,
 3. die Deckungsfähigkeit und zeitliche Übertragbarkeit von Haushaltsmitteln,
- in jeweils bis zu 50 Einzelfällen zulassen.

(2) In dem Antrag ist darzulegen, welches Modell erprobt werden soll, von welchen Vorschriften eine Ausnahme begehrt wird und welche Wirkungen auf das zu erprobende Modell von der Ausnahme erwartet werden.

(3) Die Genehmigung wird auf längstens vier Jahre erteilt. Der Antragsteller hat sicherzustellen, daß das Vorhaben plangerecht durchgeführt, ausreichend dokumentiert und ausgewertet wird. Zu einem in der Genehmigung festzulegenden Zeitpunkt ist ein Erfahrungsbericht vorzulegen.

(4) Das Landeskirchenamt Hannover unterrichtet den Rat der Konföderation über die erteilten Genehmigungen.“

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2001 außer Kraft.

Hannover, den 5. Mai 1997

**Der Rat der Konföderation evangelischer Kirchen in
Niedersachsen**
Krause
Vorsitzender

Nr. 28

**Bekanntmachung
der Verordnung mit Gesetzeskraft des Rates der
Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur
Änderung des Pfarrerberoldungs- und -versorgungsgesetzes
vom 10. Juni 1997**

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat die Verordnung mit Gesetzeskraft des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung des Pfarrerberoldungs- und versorgungsgesetzes vom 10. Juni 1997 (Kirchl. Amtsblatt Hannover Nr. 9/1997, S. 184) bekannt.

Oldenburg, den 30. Juni 1997

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schrader
Oberkirchenrat

**Verordnung mit Gesetzeskraft des Rates der Konföderation
evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung des
Pfarrerberoldungs- und -versorgungsgesetzes
vom 10. Juni 1997**

Auf Grund des § 20 Abs. 1 des Vertrages über die Bildung einer Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen wird im Benehmen mit dem Präsidium der Synode die folgende Verordnung mit Gesetzeskraft erlassen:

§ 1

Änderung des Pfarrerberoldungs- und -versorgungsgesetzes

Das Kirchengesetz der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Besoldung und Versorgung der Pfarrer und Pfarrerrinnen (Pfarrerberoldungs- und -versorgungsgesetz – PfBVG) in der Fassung vom 29. Januar 1992 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 40), zuletzt geändert durch die Verordnung mit Gesetzeskraft des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung des Pfarrerberoldungs- und -versorgungsgesetzes vom 16. Dezember 1996 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 300), wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Es wird jeweils das Wort „Dienstaltersstufe“ durch das Wort „Stufe“ ersetzt.
 - bb) Es wird folgender Satz 2 angefügt:
„Das Aufsteigen in den Stufen des Grundgehaltes bestimmt sich nach dem Besoldungsdienstalter.“
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Es wird folgender neue Satz 2 eingefügt:
„Vorschriften über Prämien und Zulagen für besondere Leistungen sind nicht anzuwenden.“
 - bb) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3 mit der Maßgabe, daß das Wort „Besoldungsordnungen“ durch das Wort „Vorschriften“ ersetzt wird.

2. In § 6 werden jeweils das Wort „Ortszuschlag“ durch das Wort „Familienzuschlag“ und das Wort „Ortszuschläge“ durch das Wort „Familienzuschläge“ ersetzt.

3. In § 7 Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „mit dem Ortszuschlag der Stufe 1“ durch die Worte „ohne Familienzuschlag“ ersetzt.

4. In § 11 werden das Wort „Ortszuschlag“ durch das Wort „Familienzuschlag“ und das Wort „Ortszuschlages“ durch das Wort „Familienzuschlages“ ersetzt.

5. § 14 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden nach dem Wort „Dienstunfähigkeit“ die Worte „auf Grund eines Dienstunfalls“ eingefügt.
- b) Satz 2 wird gestrichen.

6. § 21 wird gestrichen.

7. In § 29 Abs. 3 Nr. 1 werden die Worte „zwei aufeinanderfolgenden Dienstaltersstufen“ durch die Worte „den beiden letzten Stufen“ ersetzt.

8. In § 34 Abs. 2 Satz 1 werden

- a) die Worte „zwölften Dienstaltersstufe“ durch die Worte „elften Stufe“ und
- b) die Worte „dreizehnten Dienstaltersstufe“ durch die Worte

„zwölften Stufe“ ersetzt.

9. § 34a wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 2 wird Satz 3 gestrichen.
 - b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird jeweils das Wort „Dienstaltersstufe“ durch das Wort „Stufe“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 werden jeweils die Worte „vierzehnten Dienstaltersstufe“ durch die Worte „zwölften Stufe“ und das Wort „zwei“ durch das Wort „vier“ ersetzt.
 - c) In Absatz 4 Satz 3 Nr. 1 werden
 - aa) das Wort „Ortszuschlag“ durch das Wort „Familienzuschlag“,
 - bb) die Worte „Kinderanteil des Ortszuschlages“ durch die Worte „Familienzuschlag der Stufe 2 und der folgenden Stufen“ und
 - cc) das Wort „Kinderanteil“ durch das Wort „Familienzuschlag“ ersetzt.
10. In § 35 Abs. 3 werden die Worte „der gleichen Dienstaltersstufe“ gestrichen.
11. In § 41 Abs. 1 werden die Worte „zwei aufeinanderfolgenden Dienstaltersstufen“ durch die Worte „den beiden letzten Stufen“ ersetzt.
12. § 45a wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 2 wird Satz 3 gestrichen.
 - b) In Absatz 3 wird jeweils das Wort „Dienstaltersstufe“ durch das Wort „Stufe“ ersetzt.
13. In § 50 Abs. 2 werden die Worte „zwei aufeinanderfolgenden Dienstaltersstufen“ durch die Worte „den beiden letzten Stufen“ ersetzt.

§ 2

Übergangsvorschriften
auf Grund des Reformgesetzes

Soweit auf Grund des § 2 Abs. 1 des Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetzes Vorschriften des Gesetzes zur Reform des öffentlichen Dienstrechts (Reformgesetz) vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322) entsprechend anzuwenden sind, gilt folgendes:

- 1. Ein Bezügeempfänger, dem vor Inkrafttreten dieser Verordnung mit Gesetzeskraft Grundgehalt nach der Besoldungsgruppe A 14 zugestanden hat, erhält weiterhin Grundgehalt nach dieser Besoldungsgruppe.
- 2. § 21 des Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetzes in der bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung mit Gesetzeskraft geltenden Fassung ist weiter anzuwenden, soweit die ruhegehaltfähige Dienstzeit und der Ruhegehaltssatz in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Beamtenversorgungsgesetzes (BeamVG) über den Ruhegehaltssatz für am 31. Dezember 1991 vorhandene Beamte unter Berücksichtigung des Reformgesetzes zu berechnen sind.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung mit Gesetzeskraft tritt am 1. Juli 1997 in Kraft.
Wolfenbüttel, den 10. Juni 1997

**Der Rat der Konföderation
evangelischer Kirchen in Niedersachsen**

Krause
Vorsitzender

Nr. 29

**Bekanntmachung
der Verordnung des Rates der Konföderation evangelischer
Kirchen in Niedersachsen zur Änderung der Verordnung über
die Gewährung von Zulagen nach dem Pfarrerbesoldungs- und
-versorgungsgesetz vom 16. Juni 1997**

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat die Verordnung des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Zulagen nach dem Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetz vom 16. Juni 1997 (Kirchl. Amtsblatt Hannover Nr. 9/1997, S. 186) bekannt.

Oldenburg, den 30. Juni 1997

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schrader
Oberkirchenrat

**Verordnung des Rates der Konföderation evangelischer
Kirchen in Niedersachsen zur Änderung der Verordnung über
die Gewährung von Zulagen nach dem Pfarrerbesoldungs-
und -versorgungsgesetz
vom 16. Juni 1997**

Auf Grund des § 9 Abs.3 des Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetzes in der Fassung vom 29. Januar 1992 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 40), zuletzt geändert durch die Verordnung mit Gesetzeskraft des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zur Änderung des Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetzes vom 10. Juni 1997 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 184), erlassen wir die folgende Ausführungsverordnung:

§ 1

Die Verordnung des Rates zur Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Gewährung von Zulagen nach dem Pfarrerbesoldungs- und -versorgungsgesetz in der Fassung vom 18. Januar 1996 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 12) wird wie folgt geändert:

§ 4 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Nr.2 werden die Worte „Besoldungsgruppe A 14“ durch die Worte „für den Pfarrer maßgebenden Besoldungsgruppe“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 Nr. 2 wird das Komma nach dem Wort „Ehegatten“ gestrichen.
- c) Absatz 3 erhält folgende Fassung:
„(3) Die Wohnungsausgleichszulage wird monatlich in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem monatlichen Mietzins (ohne Nebenkosten) und dem Betrag der erhöhten höchsten Dienstwohnungsgütung, der sich aus Absatz 1 Nr. 2 ergibt, mit den Dienstbezügen gezahlt; die Wohnungsausgleichszulage darf jedoch

1. bei einem alleinstehenden Pfarrer	150 DM,
2. bei einem verheirateten Pfarrer ohne unterhaltsberechtigzte Kinder	300 DM,
3. bei einem verheirateten oder alleinstehenden Pfarrer mit unterhaltsberechtigzten Kindern	450 DM

 im Monat nicht überschreiten.“

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1997 in Kraft.

Wolfenbüttel, den 16. Juni 1997

**Der Rat der Konföderation
evangelischer Kirchen in Niedersachsen**

Krause
Vorsitzender

II. Verfügungen

Nr. 30

Abhandenkommen eines Dienstsiegels der Ev.-luth. Kirchengemeinde Rastede

In der Ev.-luth. Kirchengemeinde Rastede ist ein Siegelstempel abhandengekommen. Der Stempel ist oval, das Maß beträgt 30:42 mm und zeigt die Darstellung eines Kreuzes mit Kugel. Die Siegelumschrift lautet „Ev.-luth. Kirchengemeinde Rastede“. Im Scheitelpunkt des Siegels befinden sich fünf Punkte als Beizeichen.

Gemäß § 24 Abs. 1 der Verwaltungsanordnung betreffend Siegelordnung für die Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg setzen wir das Siegel außer Geltung.

Oldenburg, den 21. Mai 1997

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schrader
Oberkirchenrat

Nr. 31

Beschluß

über die Anwendung der Verwaltungsgrundsätze des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Personalakten der kirchlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Personalaktenordnung)

Die Verwaltungsgrundsätze des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über Personalakten der kirchlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Personalaktenordnung) vom 30. Mai 1994 (GVBl. XXIII. Bd. S. 58) sind für die im kirchlichen Bereich der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg tätigen Pfarrer, Beamte und Mitarbeiter, die nicht unter die Tarifverträge fallen, zum 01.07.1997 anzuwenden.

Oldenburg, den 27. Mai 1997

Der Oberkirchenrat
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Dr. Sievers
Bischof

Nr. 32

Bekanntmachung

betreffend Grenzänderung zwischen den Kirchengemeinden Bloherfelde und Ofen

Der Ev.-luth. Oberkirchenrat hat am 14. Mai 1997 die Vereinbarung zwischen den Ev.-luth. Kirchengemeinden Bloherfelde und Ofen über eine Grenzänderung genehmigt.

Die neue Grenze zwischen der Ev.-luth. Kirchengemeinde Bloherfelde und der Ev.-luth. Kirchengemeinde Ofen verläuft wie folgt:

Im Westen beginnt die Grenze zwischen der Ev.-luth. Kirchengemeinde Ofen und der Ev.-luth. Kirchengemeinde Bloherfelde gegenüber der Einmündung der Straße „Woldlinie“ in die Bloher Landstraße, verläuft dann ca. 240 m in östlicher Richtung nördlich des Wohngebietes der Straße „An den Eschen“, knickt dann ab in Richtung Norden in ca. 210 m Länge, verläuft danach in Höhe des dortigen – von Westen verlaufenden – Feldweges in Richtung Osten in ca. 350 m Länge südlich der Südgrenze des Wohngebietes am Bernhard-Friedrich-Weg, knickt dann in Höhe des Flurstücks 907/32 in südwestlicher Richtung ab in ca. 65 m Länge, um dann in südöstlicher Richtung auf die Südseite des Hausgrundstücks Hörneweg Nr. 84 auf den Hörneweg zu treffen. Danach verläuft die Grenze – wie bisher – auf der Mitte des Hörneweges in nordwestliche Richtung, wobei alle Gebäude auf der westlichen Seite des Hörneweges ab Haus Nr. 84 in nördlicher Richtung zur Ev.-luth. Kirchengemeinde Ofen gehören.

Oldenburg, den 04. Juni 1997

Der Oberkirchenrat
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schrader
Oberkirchenrat

III. Mitteilungen

Nr. 33

Bekanntmachung des Beschlusses der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission über die 32. Änderung der Dienstvertragsordnung

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat den Beschluß der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission vom 15. November 1996 (Kirchl. Amtsblatt Hannover Nr. 2/1997, Seite 22) bekannt.

Oldenburg, den 30. Mai 1997

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schrader
Oberkirchenrat

Bekanntmachung des Beschlusses der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission über die 32. Änderung der Dienstvertragsordnung

Hannover, den 17. Januar 1997

Nachstehend geben wir den Beschluß der Arbeits und Dienstrechtlichen Kommission vom 15. November 1996 über die 32. Änderung der Dienstvertragsordnung bekannt.

Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen

– Geschäftsstelle –
Behrens

32. Änderung der Dienstvertragsordnung

Vom 15. November 1996

Auf Grund des § 20 Abs. 2 des Gemeinsamen Mitarbeitergesetzes vom 14. März 1978 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S.33), zuletzt geändert durch das Kirchengesetz vom 10. November 1993 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 170), hat die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission die Dienstvertragsordnung vom 16. Mai 1983 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 65), zuletzt geändert durch die 31. Änderung der Dienstvertragsordnung vom 4. September 1996 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 196), wie folgt geändert:

§ 1

Änderung der Dienstvertragsordnung

1. In § 19 wird die folgende Nummer 3 angefügt:
 - „3. Der Angestellte erhält ferner Arbeitsbefreiung unter Fortzahlung der Vergütung für einen Arbeitstag
 - a) bei seiner kirchlichen Trauung,
 - b) bei der Taufe, bei der Konfirmation, bei einer entsprechenden kirchlichen Feier und bei der kirchlichen Trauung seines Kindes.
 Fällt der Anlaß der Freistellung auf einen arbeitsfreien Tag, entfällt der Anspruch auf Arbeitsbefreiung.“
2. In § 31 wird die folgende Nummer 3 angefügt:
 - „3. Der Arbeiter erhält ferner Arbeitsbefreiung unter Fortzahlung des Lohnes für einen Arbeitstag
 - a) bei seiner kirchlichen Trauung,
 - b) bei der Taufe, bei der Konfirmation, bei einer entsprechenden kirchlichen Feier und bei der kirchlichen Trauung seines Kindes.
 Fällt der Anlaß der Freistellung auf einen arbeitsfreien Tag, entfällt der Anspruch auf Arbeitsbefreiung.“

§ 2

Übergangsregelung

§ 52 Bundes-Angestelltentarifvertrag und § 33 Manteltarifvertrag für Arbeiterinnen und Arbeiter des Bundes und der Länder (MTArb) sind in der Zeit vom 1. Juli 1996 bis zum 31. Dezember 1996 in der bis zum 30. Juni 1996 geltenden Fassung anzuwenden.

§ 3
Inkrafttreten

Es treten in Kraft:

- a) § 1 am 1. Januar 1997
- b) § 2 mit Wirkung vom 1. Juli 1996.

Hannover, den 21. November 1996

Die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission

Dr. von Tiling
Vorsitzender

Nr. 34

**Bekanntmachung
der Änderung in der Zusammensetzung der Arbeits- und
Dienstrechtlichen Kommission**

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat die Änderung in der Zusammensetzung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission (Kirchl. Amtsblatt Hannover Nr. 3/1997, S. 56) bekannt.

Oldenburg, den 30. Mai 1997

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schrader
Oberkirchenrat

**Änderung in der Zusammensetzung der Arbeits- und
Dienstrechtlichen Kommission**

Hannover, den 28. Januar 1997

Die Zusammensetzung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission (Mitteilungen vom 30.12.1993 – Kirchl. Amtsbl. Hannover 1994 S.29 –, vom 27.4.1994 – Kirchl. Amtsbl. S. 81 –, vom 14.11.1994 – Kirchl. Amtsbl. S. 178 –, vom 28.2.1995 – Kirchl. Amtsbl. S.38 –, vom 26.4.1995 – Kirchl. Amtsbl. S.67 – und vom 19.6.1996 – Kirchl. Amtsbl. S. 130 –) hat sich wie folgt geändert:

Vertreter der Dienstherren und Anstellungsträger

Aus der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig hat der Rat der Konföderation Landeskirchenrat Wolfgang Siebert anstelle von Oberlandeskirchenrat Niemann als stellvertretendes Mitglied entsandt.

Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen

– Geschäftsstelle –
Behrens

Nr. 35

**Bekanntmachung
eines Hinweises auf Neubesetzung von zwei Plätzen in der
Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission**

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat den Hinweis auf Neubesetzung von zwei Plätzen in der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission (Kirchl. Amtsblatt Hannover Nr. 3/1997, S. 56) bekannt.

Oldenburg, den 30. Mai 1997

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schrader
Oberkirchenrat

**Neubesetzung von zwei Plätzen in der Arbeits- und
Dienstrechtlichen Kommission**

Hannover, den 19. Februar 1997

Eine der beruflichen Vereinigungen der Mitarbeiter gemäß § 14 Abs. 1 des Kirchengesetzes der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Rechtsstellung der Mitarbeiter (Gemeinsames Mitarbeitergesetz – MG) vom 14. März 1978 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 33) hat ihre beiden Mitglieder aus der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission abberufen. Diese beiden Plätze sind neu zu besetzen.

In sinngemäßer Anwendung von § 14 Abs. 3 und 4 MG haben die beruflichen Vereinigungen der Mitarbeiter unter Berücksichtigung einer Ausschlussfrist von einem Monat nach dieser Bekanntmachung die Möglichkeit, der Geschäftsstelle der Konföderation anzuzeigen, daß sie Vertreter in die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission entsenden wollen.

**Der Rat der Konföderation
evangelischer Kirchen in Niedersachsen**

Dr. v. Vietinghoff
Stellvertretender Vorsitzender

Nr. 36

**Bekanntmachung
eines Hinweises auf Neubildung der Arbeits- und
Dienstrechtlichen Kommission**

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat den Hinweis auf Neubildung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission (Kirchl. Amtsblatt Hannover Nr. 6/1997, S. 120) bekannt.

Oldenburg, den 30. Mai 1997

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schrader
Oberkirchenrat

Neubildung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission

Hannover, den 26. März 1997

Gemäß § 14 Abs. 4 des Kirchengesetzes der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Rechtsstellung der Mitarbeiter (Gemeinsames Mitarbeitergesetz) vom 14. März 1978 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 33), zuletzt geändert durch das Kirchengesetz vom 10. November 1993 (Kirchl. Amtsbl. Hannover S. 170), wird bekanntgegeben, daß die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission mit Wirkung vom 1. Januar 1998 neu zu bilden ist.

Gemäß § 14 Abs. 3 und 4 des Gemeinsamen Mitarbeitergesetzes haben die beruflichen Vereinigungen der Mitarbeiter unter Berücksichtigung einer Ausschlussfrist von einem Monat nach dieser Bekanntmachung die Möglichkeit, der Geschäftsstelle der Konföderation anzuzeigen, daß sie Vertreter in die Arbeits- und Dienstrechtliche Kommission entsenden wollen.

**Der Rat der Konföderation
evangelischer Kirchen in Niedersachsen**

Krause
Vorsitzender

Nr. 37

**Bekanntmachung
der Änderung in der Zusammensetzung der Arbeits- und
Dienstrechtlichen Kommission**

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat die Änderung in der Zusammensetzung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission (Kirchl. Amtsblatt Hannover Nr. 7/1997, S. 136) bekannt.

Oldenburg, den 30. Mai 1997

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schrader
Oberkirchenrat

**Änderung in der Zusammensetzung der Arbeits- und
Dienstrechtlichen Kommission**

Hannover, den 14. April 1997

Die Zusammensetzung der Arbeits- und Dienstrechtlichen Kommission (Mitteilung vom 30.12.1993 – Kirchl. Amtsbl. 1994 S. 29 –, vom 27.4.1994 – Kirchl. Amtsbl. S. 81 –, vom 14.11.1994 – Kirchl. Amtsbl. S. 178 –, vom 28.2.1995 – Kirchl. Amtsbl. S. 38 –, vom 26.4.1995 – Kirchl. Amtsbl. S. 67 –, vom 19.6.1996 – Kirchl. Amtsbl. S.130 – und vom 28.1.1997 – Kirchl. Amtsbl. S.56 –) hat sich wie folgt geändert:

Vertreter der beruflichen Vereinigungen

Für die durch Abberufung freigewordenen Sitze sind anstelle von Herrn Rainer Theiß, Langenhagen, und Herrn Rudolf Kühne, Peine,

Herr Karlheinz Bodsch, Wolfenbüttel,
und
Herr Reinhard Hildebrandt, Neustadt,

zu Mitgliedern berufen worden.

Zu stellvertretenden Mitgliedern für die ebenfalls abberufenen Stellvertreter Herr Werner Bonus, Göttingen, und Herr Walter Wenzel, Dörverden, sind

Frau Helga Volkmer, Hemmingen,
und
Herr Klaus Röbbken, Wardenburg,

berufen worden.

Auf Grund dieser Änderung ist als neuer Stellvertreter von Frau Staberow anstelle von Herrn Bodsch

Herr Michael Busse, Salzgitter,

berufen worden.

Außerdem ist Herr Heinz Schnake, Oldenburg, als Vertreter von Herrn Heiko Garrels, Oldenburg, ausgeschieden. An seine Stelle ist

Herr Harald Herrmann, Jever,

berufen worden.

Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen

– Geschäftsstelle –
Behrens

Nr. 38**Bekanntmachung
der Änderung der Richtlinien zur Ersten Theologischen
Prüfung vom 8. Januar 1997**

Nachstehend gibt der Oberkirchenrat die Änderung der Richtlinien zur Ersten Theologischen Prüfung vom 8. Januar 1997 (Kirchl. Amtsblatt Hannover Nr. 3/1997, S. 55) bekannt.

Oldenburg, den 30. Mai 1997

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Dr. Pohlmann
Oberkirchenrat

Änderung der Richtlinien zur Ersten theologischen Prüfung

Aufgrund des § 8 Abs. 3 des Gemeinsamen Prüfungsgesetzes vom 20. Januar 1975 (Kirchl. Amtsbl. Hannover Seite 19), geändert durch das Kirchengesetz zur Änderung des Gemeinsamen Prüfungsgesetzes vom 30. Juni 1981 (Kirchl. Amtsbl. Hannover Seite 55) und des § 11 Abs. 1 der Verordnung des Rates der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen über die Durchführung der Ersten theologischen Prüfung in der Fassung vom 2. April 1980 (Kirchl. Amtsbl. Hannover Seite 56), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 14. März 1995 (Kirchl. Amtsbl. Hannover Seite 53), werden die Richtlinien des Prüfungsamtes zur Ersten theologischen Prüfung in der Fassung vom 2. April 1986 (Kirchl. Amtsbl. Hannover Seite 61), geändert am 4. Februar 1993 (Kirchl. Amtsbl. Hannover Seite 56) sowie am 21. März 1995 (Kirchl. Amtsbl. Hannover Seite 54), wie folgt geändert:

I.

Abschnitt I Nr. 2 Buchstabe e) erhält folgende Fassung:

„e) das Zeugnis der allgemeinen Hochschulreife oder ein von der zuständigen staatlichen Stelle als gleichwertig anerkanntes Zeugnis der allgemeinen Hochschulreife oder ein als gleichwertig anerkanntes Zeugnis.“

II.

Diese Änderung tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1997 in Kraft.
Hannover, den 8. Januar 1997

**Prüfungsamt der Konföderation
evangelischer Kirchen in Niedersachsen**

Dr. Linnenbrink
Vorsitzender

Nr. 39**Einberufung zur 3. Tagung der 45. Synode**

Die 45. Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg wird zu einer Tagung auf

Dienstag, den 13. Mai 1997

einberufen.

Die Tagung der Synode wird um 9.00 Uhr in der St.-Ulrichs-Kirche in Rastede mit einem Abendmahls-gottesdienst, der von Herrn Kreis-pfarrer Rossow gehalten wird, eröffnet.

Die Verhandlungen der Synode beginnen gegen 10.30 Uhr in der Heimvolkshochschule Rastede-Hankhausen und werden voraussichtlich am Donnerstag, dem 15. Mai 1997, abends beendet sein.

Am Sonntag, dem 11. Mai 1997, ist gemäß Artikel 82 der Kirchenordnung in allen Gottesdiensten der Synode fürbittend zu gedenken. Anträge und Eingaben an die Synode sind bis zum 22. April 1997 über den Oberkirchenrat einzureichen.

Oldenburg, den 01. April 1997

Der Oberkirchenrat
der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Dr. Sievers
Bischof

Nr. 40**Bekanntmachung
der von der 45. Synode durchgeführten Wahlen**

Die 45. Synode hat in ihrer Sitzung am 14. Mai 1997

Frau Pfarrerin Sabine Spieker-Lauhöfer, Rotdornweg 5, 26197 Großenkneten, als Stellvertreterin der geistlichen Mitglieder in die 7. Synode der Konföderation und

Frau Pfarrerin Anette Domke in den Ausschuß für Gemeindedienst und Seelsorge und in den Bildungs- und Erziehungsausschuß gewählt.

Die 45. Synode hat in ihrer Sitzung am 15. Mai 1997 folgende Synodale in den Wahlausschuß gewählt:

Frau Annemarie Cornelius, Seeverns, 26969 Butjadingen
Herr Kreispfarrer Holger Harrack, Am Neuender Busch 50, 26386 Wilhelmshaven

Herr Prof. Dr. Jürgen Helle, Harreweg 10 B, 26133 Oldenburg

Herr Hans-Jürgen Kühn, Wicheler Weiden 6, 49393 Lohne

Herr Pfarrer Dieter Qualmann, An der Tonkuhle 6, 26131 Oldenburg

Herr Kreispfarrer Werner Rossow, Schlehdornbusch 11, 27777 Ganderkesee

Herr Prof. Dr. Günther Roth, Florianstr. 7, 26131 Oldenburg

Frau Karola Schmidt, Memeler Str. 10, 26160 Bad Zwischenahn

Vorsitzender des Wahlausschusses ist gem. § 2 Abs. 1 BischofG der Präsident der Synode, Herr Heinz Heinsen.

Als stellvertretender Vorsitzender ist gem. § 2 Abs. 2 BischofG Herr Kreispfarrer Werner Rossow gewählt worden.

Oldenburg, den 05. Juni 1997

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schradler
Oberkirchenrat

Nr. 41**Hinweis auf Rundschreiben des Oberkirchenrates**

Wir bitten um Beachtung der Rundschreiben Nr. 137/96 vom 19.11.1996 (31. Änderung der Dienstvertragsordnung), Nr. 15/97 vom 31.1.1997 (Nachtrag zur 31. Änderung der Dienstvertragsordnung), Nr. 16/97 vom 04.02.1997 (73. Tarifvertrag zur Änderung des BAT und 32. Änderung der Dienstvertragsordnung) und Nr. 38/97 vom 8.4.1997 (Vergütungen und Löhne für Angestellte und Arbeiter/-innen).

Oldenburg, den 04. Juni 1997

Der Oberkirchenrat der
Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
Schradler
Oberkirchenrat

IV. Personalmeldungen

Berufen

- 01.12.1996 Pastor Jochen Dallas auf die Pfarrstelle Altengroden II
 01.01.1997 Pfarrer Karsten Peuster auf die Pfarrstelle I im Landesjugendpfarramt
 01.03.1997 Pfarrer Eckhard Dreyer zum Kreispfarrer des Kirchenkreises Ganderkesee
 15.03.1997 Pastor Andreas Kahnt auf die Pfarrstelle Zetel II
 15.04.1997 Pastorin Martina Wittkowski auf die Pfarrstelle Nordenham III
 01.05.1997 Pastor Achim Neubauer auf die Pfarrstelle Heilig-Geist Delmenhorst I
 01.06.1997 Pastor Wolfgang Machtemes auf die Pfarrstelle Silenstede
 Kreispfarrer Rainer Theuerkauff auf die Pfarrstelle Zwischenahn I
 01.07.1997 Pastor Ralf Frerichs auf die Pfarrstelle Dötlingen
 15.07.1997 Pfarrer Jens Möllmann auf die Pfarrstelle Neuenkirchen
 01.08.1997 Pfarrer Dr. Albrecht Weber auf die Pfarrstelle Stadtkirche Delmenhorst II

Silke Breuninger

Dirk Nost

Jens Teuber

13.03.1997 Christian Egts

Harald Uecker

05.05.1997 Volker Okrusch

In den Ruhestand getreten

- 01.04.1997 Pfarrer Horst Ulbricht, Zetel
 Pfarrer Rüdiger Will, Bad Zwischenahn
 01.07.1997 Pastor Wolfgang Rommel, Wilhelmshaven

Eingewiesen/Beauftragt/Angestellt

- 01.05.1997 Pfarrer Hans-Joachim Jürgens mit der Verwaltung der Pfarrstelle Rastede II (75 %)
 24.06.1997 Pastorin Wiebke Range mit der pastoralen Mitversorgung in der Kirchengemeinde Zu den Zwölf Aposteln Delmenhorst (50%)
 01.07.1997 Pfarrerin Aliet Jürgens mit der Verwaltung der Pfarrstelle Ofenerdiek III (50 %)
 01.08.1997 Pastor Jan-Dietrich Janssen mit der pastoralen Mitversorgung in der Kirchengemeinde Wilhelmshaven

Bewerbungsfähigkeit zuerkannt

- 01.05.1997 Pastor Ulrich Welz
 15.05.1997 Pastorin Anne Frerichs
 Pastor Ralf Frerichs
 Pastor Peter Löffel
 Pastor Andreas Probst
 Pastorin Martina Rambusch-Nowak
 Pastorin Katja Röker
 Pastorin Bärbel Spieker
 Pastorin Silke Steveker
 Pastor Michael Winkel
 01.07.1997 Pastor Helmut Prystav
 Pastorin Ute Thräne

Theologische Prüfungen

1. Examen

- 24.02.1997 Dorothee Schubert
 25.02.1997 Thomas Perzul
 Wiebke Perzul
 Christiane Wittrock
 24.06.1997 Uta Andree
 Christine Behrens
 Bernhard Busemann
 Lennart Krauel
 Lars Löwensen
 25.06.1997 Reinhard Harfst
 Olaf Stier
 Volker Wittkowski
 Barbara Wündisch

2. Examen

- 12.03.1997 Udo Bauer
 Stephan Bohlen
 Christian Lühder